Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen, für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1380, 1582, 1583 für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Für ein 1992, 3248, 3294
Postscheckkonto: Berlin 25 482.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreis von 1 Mark für die neungespaltene Zeile von 44 Millimeter und 3 Mark für die viergespaltene Zeile von Reklamezeil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Auswärtige sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung, Berlin SW. 68, Kochstraße 73.

Nr. 169. [58. Jahrgang.] Dienstag 8. April 1919. Morgen-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 169.

Die Reichsregierung gegen München.

Keine Zulassung der Räteregierung zum Staatenausschuß.

Berlin, 7. April.

Nachdem in München die Räterepublik ausgerufen ist, die bisherige Regierung München verlassen hat und der Landtag wider Recht und Gesetz aufgelöst worden ist, ist das Verhältnis Bayerns zum Reich in ein neues Stadium getreten. Entsprechend der vorläufigen Verfassung dürfen im Staatenausschuß nur Regierungen vertreten sein, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind und die das Vertrauen ihrer Volksvertretungen genießen. Beide Voraussetzungen treffen auf die Räteregierung München nicht zu, sie kann also dem Staatenausschuß nicht angehören. Die Reichsregierung nimmt Kenntnis von der Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann, wonach die bisherige Regierung nicht zurückgetreten ist, sondern nur ihren Sitz von München weg verlegt hat. Sie betrachtet diese Regierung nach wie vor als den Ausdruck des Mehrheitswillens des bayerischen Volkes und ist mit ihr der Ansicht, daß sie die einzige Inhaberin der Hoheitsgewalt in Bayern und allein berechtigt ist, rechtswirksame Anordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen. Der weitere Verbleib ihres Vertreters im Staatenausschuß wird daher von der Reichsregierung als zu Recht bestehend anerkannt.

Der Zweck der vorstehenden Erklärung der Reichsregierung ist klar. In München hat eine nach Ort und Beteiligung begrenzte Minderheit eine neue Revolution begonnen. Die Verhältnisse sind noch völlig ungeklärt. Es läßt sich auch nicht annähernd übersehen, welche Volksmenge hinter den Führern steht, die die Räterepublik ausgerufen haben. Die in der Proklamation aufgestellte Behauptung, daß das vom Landtag eingesetzte Ministerium zurückgetreten sei, hat sich als falsch erwiesen. Der Ministerpräsident Hoffmann hat in seinem gestrigen, von Nürnberg gegebenen Erlaß ausdrücklich erklärt: „Die Regierung des Freistaates Bayern ist nicht zurückgetreten; sie hat ihren Sitz von München verlegt. Die Regierung ist und bleibt die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt in Bayern. Die Reichsregierung unterstützt diese Auffassung in der oben wiedergegebenen Bekanntmachung. Sie wäre auch gar nicht in der Lage, der Räteregierung einen Einfluß auf die Führung der Reichsgeschäfte einzuräumen. Denn § 2 des von der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung erlassenen Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 bestimmt: "Der Staatenausschuß wird gebildet aus Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen." Ein solches Staatswesen ist die neue Räterepublik nicht. Zum Staatenausschuß können ihre Vertreter also, selbst wenn sie sich halten und die Macht in ganz Bayern für die Dauer erringen sollten, keineswegs zugelassen werden.

* * *

Regensburg, 7. April. Mittags 12 Uhr. Soeben hat der Arbeiter- und Soldatenrat, der aus den vereinigten sozialistischen Parteien besteht, sich für die Räterepublik erklärt. Eine einzige Stimme war dagegen.

Würzburg, 7. April. Auf dem Residenzplatz wurde am 7. April die Räterepublik ausgerufen. Die Banken, Telephon, Telegraph und Zeitungen sind von Kommunistentruppen besetzt. Das Militär einschließlich der freiwilligen Verbände steht auf seiten der Kommuni en. Der Generalstreik ist seit heute vormittag 10 Uhr ausgeboten. Sämtliche Fabriken und Geschäfte, mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte, sind geschlossen.

Auch in Ansbach wurde heute die Räterepublik ausgerufen.

Die Münchener Ereignisse.

M. München, 7. April.

Schon seit einigen Wochen war die Ausrufung der bayerischen Räterepublik geplant. Alle Pläne waren bis ins einzelne durchgearbeitet. Es ist aber wie ein Wunder anzusehen, daß diese Projekte, die Tausenden von Menschen bekannt und bis tief in die Kreise des Arbeiter- und Soldatenrats gedrungen waren, der Münchener Bürgerschaft stets unbekannt blieben, stets von ihr nicht geglaubt und ernst genommen wurden. Die Wendung zur Räterepublik kommt plötzlich selbst den Anhängern des Rätesystems ziemlich überraschend. Der noch gewiß radikale Rätekongreß hatte noch vor 5 Wochen in der Tagung unmittelbar nach Eisners Ermordung einen Antrag Müksamß, die Räterepublik auszurufen, gegen eine Minderheit von 50 Stimmen abgelehnt. Was war dazwischengekommen? Der Kompromiß, nach dem der Landtag eine Scheinsouveränität erhielt, und die Mitglieder einer in sich gespaltenen Regierung im Grunde Marionetten in der Hand des Zentralrats waren, trug gewiß den Keim des Zerfalls in sich und beförderte die Tendenz zur Radikalisierung. Aber daß man dann sofort zur Räterepublik gegriffen hat, beruht auf Gründen, die von außen kommen, in erster Linie von Budapest. Die Wendung zum Kommunismus in Ungarn machte auf die Massen und auch auf die Führer den denkbar größten Eindruck. Auch der Umstand, daß das Weimarer Verfassungswerk als gegen die bayerische Selbständigkeit gerichtet von radikaler Seite gescholten wurde, verschaffte dem Bolschewismus aus den Kreisen sämtlicher anderer großen Parteien Zulauf, also aus dem Zentrum, dem Bauernbund, den Demokraten und namentlich den Sozialdemokraten.

Für morgen, Dienstag, hatte der Aktionsrat den Landtag einberufen, eine Maßnahme, die unter den augenblicklichen Verhältnissen alles andere als geschickt war. Diese bevorstehende Tagung des Landtags war zwar nicht etwa das Motiv, wohl aber der Vorwand, die Räterepublik einzuführen, und hat zweifellos den Umsturz der Dinge beschleunigt, der ursprünglich erst für die Osterwoche geplant war. Man beabsichtigt nun in den Kreisen der bürgerlichen Parteien, den Landtag in eine nordbayerische Stadt, etwa nach Bamberg, einzuberufen und dort eine Gegenregierung zu bilden. Um das in letzter Zeit den Münchener Machthabern unbequeme Schlagwort „Los von München" zu paralysieren, wurde die Bewegung sehr geschickt von Augsburg aus eingeleitet. Auch in Würzburg wurde bereits gestern nachmittag um 5½ Uhr die Räterepublik ausgerufen. Hunderte von Agitatoren durchfahren in Automobilen und in der Eisenbahn das ganze Land.

Die neue Räteregierung.

Eigene Drahtmeldung.

M. München, 7. April.

Die Lage ist durchaus nicht klarer geworden, nachdem die Räterepublik proklamiert worden ist. Die Einigkeit des Proletariats ist weder in München noch gar in ganz Bayern völlig vorhanden. In Nürnberg ist für sofort der Landtag einberufen worden. Ueber München ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Die Polizeistunde wurde auf 8 Uhr herabgesetzt. Jeder, der etwas gegen die Mitt Nürnberg ist für sofort der Landtag einberufen worden. oder plündert, wird sofort erschossen. Abends wird amtlich bekannt gemacht, daß sie verteilt sind schon da zeigt sich ein klassenber Widerspruch. Es heißt nämlich, daß in der Nacht vom 6. zum 7. der revolutionäre Arbeiterrat, der Zentralrat, die Mehrheitssozialdemokratie, die U. S. P. und die Kommunisten folgende provisorische Liste von Volksbeauftragten aufgestellt haben:

Aeußeres: Dr. Franz Lippe (U. S. P.);
Inneres: Soldemann (U. S. P.);
Volkswohlfahrt: Hagemeister (U. S. P.);
Volksernährung: Landauer; der als parteilos bezeichnet wird und der ein bekannter anarcho-sozialistischer Schriftsteller ist;
Finanzen: Silvio Gesell, (eine in weiteren Kreisen bisher unbekannte Persönlichkeit);
Justiz: Kübler (Bauernbund);
Verkehr: Paulukum (U. S. P., ein ausländischer Arbeiter);
Landwirtschaft: Steiner, der bisherige Minister vom Bauernbund;
Volkswirtschaft: Jaffé;
Militär: steht noch offen;

Als Kommissar für das Ernährungswesen bleibt Dr. Muxelhofer vom Bauernbund; für Wohnungswesen, Dr. Wabler (U. S. P.).

Als die Unabhängigen kam in Verhandlungen eintraten, stellten sie folgende 12 Bedingungen auf:

1) Die Diktatur des klassenbewußten Proletariats,
2) Prinzipieller Aufbau der Arbeiterräte auf Betrieben und Berufen,
3) Vergesellschaftung der Betriebe, Banken und des Großgrundbesitzes,
4) Umwandlung des Bureaukratismus der Staats- und Gemeindemaschinen,
5) Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht auch für die Bourgeoisie,
6) Vollkommene Umgestaltung des Gerichtswesens auf revolutionärer Grundlage,
7) Umgestaltung des Wohnungs- und Siedelungswesens,
8) Trennung von Staat und Kirche,
9) Sofortige Revolutionierung des Schul- und Unterrichtswesens,
10) Sozialisierung der Presse,
11) Bildung einer Roten Armee,
12) Bündnis mit den Räterepubliken Rußland und Ungarn.

Nehme der Zentralrat diese zwölf Forderungen an, so entschlössen sich die Unabhängigen, in die Regierung einzutreten, und fordern, daß der Zentralrat und die Körperschaft der Volksbeauftragten sich paritätisch aus den drei sozialistischen Parteien zusammensetze. Kompromittierte Führer sollen ausgeschaltet werden. Das Aktionsrat für alle in anderen Staaten politisch Verfolgten sei zu gewährleisten. Alle zwölf Forderungen und auch die letztgenannten wurden darauf angenommen. Diese Erklärung der Unabhängigen ist augenscheinlich die Antwort auf die heftigen und höhnischen Angriffe der Kommunisten unter Dr. Levines Führung. Diese protestieren auf das entschiedenste gegen den Versuch der Proklamierung einer „Schein"-Räterepublik. Der jetzt bestehende revolutionäre Rat könne in keiner Weise als Vertretung der arbeitenden Klasse betrachtet werden. Eine Partei, die nur einen Teil des Proletariats umfasse, sei in keiner Weise befugt, an Stelle des Gesamtproletariats die Räterepublik zu verkünden. Die Kommunisten fordern die Arbeiter, Bauern und Soldaten auf, sofort ein revolutionäres Organ zu wählen, das allein bestimmen könne, wann die proletarische Räterepublik ausgerufen werden soll.

Ueber die Stimmung in München läßt sich noch zu sagen, daß es nachmittags zu einigen erregten Szenen auf den überaus belebten Straßen kam, aber ohne daß es Zusammenstöße bedenklicher Art gab.

Ablehnung der Räterepublik in Nürnberg.

Nürnberg, 7. April. Der Arbeiter- und Soldatenrat Nürnberg hat nach mehrstündiger Beratung mit 138 gegen 70 Stimmen die Räterepublik abgelehnt.

(Weiterlesen siehe Seite 3.)

Minister Landsbergs Freiheitsberaubung.

In Magdeburg festgenommen.

Auch der kommandierende General als Geisel festgesetzt.

Nh. Magdeburg, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) **Im Verlaufe des Tages erzwungen die wegen der Verhaftung des Unabhängigenführers Brandes Streikenden die Stillegung des Straßenbahnbetriebes. Der Versuch, auch den Eisenbahnverkehr anzuschließen, ist vorläufig noch nicht gelungen. Er wird aber fortgesetzt. Gegen weitere Ausschreitungen sind Maßnahmen getroffen. Neben Brandes sind auch die Vertreter des Soldatenrates Kegel und Feltel verhaftet worden. Der Exekutivausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates erklärte, von der Verhaftung nichts gewußt zu haben und ist bemüht, sie rückgängig zu machen. Inzwischen haben die Unabhängigen und Spartakisten sich des zufällig hier anwesenden Reichsjustizministers Landsberg, sowie des kommandierenden Generals des IV. Armeekorps von Kleist, dessen Adjutanten Hauptmanns Freiherrn von Schüchting und mehrerer anderer Offiziere bemächtigt und halten sie als Geiseln gefangen. Landsberg ist mit 5 Begleitmannschaften auf dem Wege nach Braunschweig. Der sozialdemokratische Abgeordnete Helms, der Bankier Buchschwerdt und der Oberbürgermeister Reimarus sollten verhaftet werden, sind aber bisher nicht gefunden worden. Der kommandierende General von Kleist ist in das Hauptquartier der Unabhängigen gebracht worden. Magdeburg ist in großer Bewegung. Die Garnison erscheint nicht zuverlässig.**

Landsbergs Befreiung.

Berlin, 7. April. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Das Auto, mit dem der Minister Landsberg unter Bedeckung mehrerer Aufständischer von Magdeburg nach Braunschweig gebracht werden sollte, ist in Helmstedt durch die Aufmerksamkeit und Entschlossenheit der Polizei angehalten worden. Die Aufständischen wurden entwaffnet. Der Minister hat sich auf die Polizeidirektion begeben.

* * *

Berlin, 7. April. Von berufener Stelle wird uns mitgeteilt: Montag morgen ist der Reichsjustizminister Landsberg, der zu einem privaten Besuch in Magdeburg weilte, auf der Straße von den Aufständischen festgenommen worden, die dadurch eine Freilassung des Führers der Unabhängigen Brandes erzwingen wollten. Die Reichsregierung weiß, daß sie völlig im Sinne Landsbergs handelt, wenn sie auf diese Erpressung nicht eingeht. Sie wird für diese unerhörte Freiheitsberaubung eines Kabinettsmitgliedes und Verletzung der Immunität eines Mitgliedes der Nationalversammlung aufs energischste Rechenschaft fordern und hat bereits Schritte eingeleitet, um den unhaltbaren Zuständen in Magdeburg ein Ende zu machen. Der Vorfall zeigt, daß der Reichswehrminister nur zu recht hatte, als er am Sonnabend auf diese in Magdeburg geplante Militärrevolte hinwies. Die Schuldigen werden ihre Tat schwer zu büßen haben. Ueber Magdeburg ist der Belagerungszustand verhängt und eine ausreichende Truppenmasse ist in Bewegung gesetzt worden.

Das Kabinett ist Montag abend um 7 Uhr zusammengetreten, um über die Maßnahmen, die durch die Verhaftung seines Mitgliedes Landsberg notwendig geworden sind, zu beraten.

* * *

Als vor einigen Tagen die Regierung Mitteilung machte von den Umtrieben in Magdeburg, die darauf hinausliefen, die jetzige Regierung zu stürzen, hat die unabhängige Presse, vor allem die „Freiheit", das als ein Schauermärchen hingestellt, lediglich dazu berechnet, gegen den Radikalismus aufs neue Stimmung zu machen. Die Verhaftung des Reichsjustizministers Landsberg sowie des kommandierenden Generals des IV. Armeekorps, die jetzt in Magdeburg durch Mitgliedeor der dortigen Truppen erfolgt ist, gibt den besten Beweis dafür, daß es sich damals um kein Märchen handelte, sondern um festgewurzelte Tatsachen, deren Auswirkung nur durch das rechtzeitige Eingreifen der Regierung verhindert wurde. Die Zentrale der Unruhestiftung lag damals wie jetzt in den Kreisen der Magdeburger Truppen. Damals schon ist festgestellt worden, daß hinter den Aufrührern eine spartakistisch-unabhängige Agitation steckte, die den Anstoß gegeben hatte. Auch jetzt ist die Initiative zu der Verhaftung des Ministers Landsberg ganz sicher von Hintermännern ausgegangen, die man in jenen Kreisen suchen darf. Was geschehen ist, bedeutet einen unerhörten Gewaltakt, gerichtet nicht nur gegen die Persönlichkeit des Ministers, sondern in erster Linie gegen ihn als Mitglied der Regierung. Nach den Gesetzen ist in dieser Tat das Moment des Hochverrats unzweifelhaft gegeben. Und es hieße eine unerspießliche Unterlassungssünde begehen, wollte die Regierung hier nicht mit allen Mitteln durch die energischste Verfolgung und Bestrafung der Tat ihre Autorität wahren. Gerade hier liegt ein Fall vor, der die Anwendung brutaler Gewalt durch radikale Elemente kennzeichnet. Wenn von den Unabhängigen und selbst zum Teil von Mitgliedern des Spartakusbundes immer wieder erklärt wurde, daß sie Gewaltmaßregeln verurteilten, so ist jetzt für sie die Gelegenheit gegeben, festzustellen, daß jene Aeußerungen nicht nur Worte gewesen sind, die taktischen Gründen entsprachen. Man kann gespannt darauf sein, ob jetzt die Presse der unabhängigen Partei gegen diesen Fall der Gewalt Protest erheben und damit die Konsequenz aus ihren früheren Verschiebungen ziehen wird. Sich Illusionen nach dieser Richtung hinzugeben, wäre allerdings voreilig. Wie es heißt, ist Herr Landsberg nach Braunschweig übergeführt worden, das ja bisher als eine Hochburg des Radikalismus gelten mußte. Das gibt schon den Hinweis auf die Urheber der unerhörten Tat, die einen Faustschlag ins Gesicht jeder Rechtssicherheit darstellt. Daß von seiten der Regierung mit allen Mitteln gegen diese Vergewaltigung eines ihrer eigenen Mitglieder vorgegangen werden wird, darf man als sicher annehmen. Es geht nicht an, daß die Regierung solche Dinge duldet, die jedem Rechtsleben Hohn sprechen.

Evolution oder Chaos.

Deutschland und Rußland.

Die Ereignisse, so scheint es, drängen auf einen neuen Höhepunkt hin. Der Streik im Ruhrrevier wird von den kommunistischen Führern mit einer verzweifelten Energie hochgehalten, die nur durch Hoffnung auf Unterstützung von außen her verstanden werden kann. In Schlesien und in Mitteldeutschland wächst die Streikpropaganda, ebenso wie in Berlin. In Bayern wirbt München um den Anschluß der anderen großen Städte an die Räterepublik; einzig Augsburg hat sich bis jetzt völlig dagegen ablehnend gezeigt; daher auch das Zögern der geistigen Kommunistenführer, die einen allzu kurzlebigen Erfolg fürchten. Ungarn — dessen Uebergang zum Rätesystem kaum aus Berechnung der außenpolitischen Wirkungen, sondern der innerpolitischen Notwendigkeiten erfolgt ist — leuchtet wie ein Fanal in die heutigen Verhältnisse der umliegenden Länder; noch kann man nicht sehen, ob es auch in denen brennt, oder ob der Beleuchtungsofen täuscht. Und von Rußland, wieder einmal dem großen Mütterchen, wird die geschickteste und gefährlichste Taktik besolgt, durch stete Nachrichten über Ausgleichsmöglichkeiten mit der Entente, mit Ablion, mit Japan, den deutschen Anhängern des Rätesystems das agitatorische Material an die Hand zu geben: die Klage, wenn auch kapitalistisch-reaktionäre Entente sogar muß unter dem Druck ihrer inneren sozialistischen Leiden mit Lenin paktieren. Die halb-sozialistische Regierung in Berlin aber weist jede Verständigung weit von sich, kämpft gegen Moskau, gegen Rußland, gegen die Sowjets!!

Welche Stellung, welche Aufgabe hat die deutsche Regierung? Die Stellung ist unverkennbar: Abwehrstellung gegen die um sich greifende Bolschewisierung Europas. Aber damit kann ihre Aufgabe nicht abgeschlossen sein. Solche rein negative Tätigkeit wäre von vornherein zur Niederlage bestimmt. Das Endziel des Rätesystems ist zudem viel zu eng mit dem der sozialistischen Demokratie verwandt, als daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung im antibolschewistischen Kampf sich erschöpfen dürften. Mit dieser Feststellung des Ziels kommt man zu der Erkenntnis, es müsse das Vorgehen, der Weg der Bolschewisten sein, was Berlin zur Abwehr nötigt. Und auf Grund dieser Feststellung läßt sich weiterhin die Aufgabe der deutschen Regierung klar entwickeln.

Lenin und Trotzki treiben Blütenfrevel. Sie nehmen das Ergebnis langer Entwicklungen vorweg. Es gelingt ihnen auch, durch die Diktatur des Proletariats die äußeren Voraussetzungen eines noch längst nicht vorhandenen Zustands zu schaffen: der Widerstand der tatsächlich noch vorhandenen Bourgeoisie, des in Wirklichkeit noch vorhandenen Kapitalismus wird ausgeschaltet. Aber die inneren Voraussetzungen können sie nicht erzwingen: die Reife des Proletariats zur Uebernahme von Staat und Produktion. Die Russen haben die alte Form zerschlagen, ohne daß aus dem zertrümmerten Mantel der blinkende Guß einer neuen Glocke zum Vorschein gekommen wäre.

Die vornehmste Aufgabe der deutschen Regierung ist es, diesen chaotischen Zustand zu vermeiden. Politisch läßt sich revolutionieren, wirtschaftlich nur evolutionieren, was keineswegs warten heißt, bis die Dinge sich von selbst vorwärts bewegen. Die Regierung muß unterscheiden zwischen der Zielbestimmung des Bolschewismus, an die sie nicht rühren kann und darf, und seiner Methode, die sie bekämpfen muß. Und zwar mit Gewalt, denn diese Methode ist selber Gewalt!

Programmatisch gesprochen: sie bekämpft eigentlich nicht die Bolschewisten, sondern die Mitläufer des Bolschewismus. Sie kämpft gegen die Gefahr, daß eine augenblicklich tiefe Unzufriedenheit, eigentlich gegen Willen und Sinnesrichtung der Unzufriedenen selber, die Möglichkeit bekomme, in ihrer gegenwärtigen Erregung die Verhältnisse umzugestalten. Sie hat die undankbare Aufgabe, einen Jahgrimm gegen sich selbst vor Torheiten zu bewahren, die er nachher bereuen würde. Dazu muß sie die Zeiten fest in der Hand behalten, von denen aus die deutschen Verhältnisse heut umgestaltet werden könnten, vor allem Berlin. Sie darf sich auch durch die wütendsten Angriffe nicht von dieser rein defensiven Stellung abbringen lassen — in den meisten Fällen genügt das Vorhandensein von Truppen — sie muß der heiligen Ueberzeugung sein, daß sie für die Arbeiter wirkt, wenn sie die Arbeiter von der Verwirklichung des Rätesystems heute abhält. Mit dieser Ueberzeugung muß sie stehen und fallen.

Aber dies Halten der wichtigsten Punkte Deutschlands durch vorbeugende Gewalt ist nur die eine, die äußere Seite der Regierungsaufgabe. Unter dieser Sicherung muß sie alles tun, um dem Bolschewismus die Mitläufer wieder zu entreißen. Deren Bolschewismus heißt, wie schon gesagt, Unzufriedenheit, tiefe, gerechtfertigte Unzufriedenheit. Deren Gründe müssen nach Möglichkeit beseitigt werden. Hier gilt es, das Rätesystem auf keinem eigenen Gebiete zu schlagen. Es will Staat und Volk ebenso verschmelzen und zu eins werden lassen, wie Wirtschaft und Volk. Daher ist die Aufgabe, die politische Demokratie durch die wirtschaftlichen zu ergänzen, die Klassen nicht nur vor der Wahlurne, sondern auch im Wirtschaftsprozeß gleichzustellen. Es gilt ferner, die Verwaltung zu demo-

tratisieren, damit nicht ein unvolkstümlicher Beamtenapparat volkstümliche Gesetze verfälsche. Es gilt schließlich, Ernährung und Arbeit zu schaffen. Ausführlicher braucht hier auf diese organische Bekämpfung der Unzufriedenheit nicht eingegangen zu werden. Es genügt die Feststellung, daß mechanische Bekämpfung durch Gewalt auf die Dauer zusammenbrechen muß — schon, weil die Entzündungsherde sich so häufen würden, daß keine vorhandene Truppenzahl mehr ausreichen würde, — wenn nicht unter ihrer äußern Sicherung der Verhältnisse eine innere Umgestaltung angenommen wird, welche die Ursachen der Mitläuferschaft beseitigt. Spartakus selbst wird dadurch natürlich nicht bekehrt, nur isoliert und auf seine richtige Größe zurückgeführt.

Diese Aufgabe, den Umsturz im Affekt so lange zu verhindern, bis der Affekt sich gelegt hat, wird sich natürlich nicht so schematisch lösen lassen, wie es hier aufgezeichnet ist. Die innere Umgestaltung wird auf Hemmnisse stoßen, eine Koalitionsregierung ist ein schwierig zu spielendes Instrument; neue Leute werden an allen Ecken und Enden fehlen; jede Neuerung wird der Mißmut an der Uferlosigkeit kommunistischer Pläne messen und zu verwerfen versucht sein; die Ernährungs- und Teuerungslage wird in gewissem Umfang weiter wirken; Elend erzeugt Wunderglauben und das Gestirn Lenins wird nach wie vor für viele der Stern Bethlehems sein. Vor allem aber wird die, wenn auch noch so defensive Anwendung der Gewalt, ohne welche gerade die organische, innere Umgestaltung unmöglich ist, täglich neue Erbitterung erzeugen; Uebergriffe werden nie ganz verschwinden, die Klarheit nie ganz zu geben sein, daß hier Arbeitern um ihrer selbst willen entgegengewirkt werden soll. Das wird Rückschläge und Komplikationen ergeben, manchmal alle guten Wirkungen wieder aufheben, das Erreichte nahezu annullieren. Deshalb gehört Mut und unbedingter reiner Glaube an die eigene Ueberzeugung zu dieser Aufgabe; und das Wissen, daß die Arbeit des Herkules nur zu oft der des Sisyphus ähnelt, daß Herkules aber schließlich gesiegt hat.

Die ökonomische Lage Rußlands.

V. **Kopenhagen**, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Auf Grund besonderer Informationen macht „Sozialdemokraten" Mitteilungen über die katastrophalen ökonomischen Verhältnisse im Sowjetrußland. Während das ehemalige europäische Rußland im Jahre 1913 einen Gesamtertrag von 3 Milliarden Rubel gehabt habe, habe nun das Sowjetrußland ein monatliches Defizit von 5 Milliarden Rubel. Das Budget für das erste Halbjahr 1919 beläuft sich auf etwa 49 Milliarden Rubel, das wolle besagen, auf 1000 Rubel für den Kopf. Die Einnahmen für den gleichen Zeitraum werden auf 420 Millionen Rubel veranschlagt, so daß für die ersten sechs Monate des Jahres 1919 ein Defizit von über 30 Milliarden Rubel bleibt.

Die Amerikaner in Archangelsk.

Amsterdam, 7. April. Dem Niederländischen Preßbureau Radio zufolge erklärte der Generalstabschef des amerikanischen Heeres, General March, die Alliierten seien vollkommen Herren der Lage in Archangelsk. Das amerikanische Kriegsamt beabsichtige Ende Juni amerikanische Streitkräfte nach diesem Teil Rußlands zu senden.

Die bevorstehende Räumung Odessas.

R. **Basel**, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Zur unmittelbar bevorstehenden Räumung Odessas teilt der „Matin" mit, daß sich die alliierten Truppen wahrscheinlich hinter den Dnjepr zurückziehen werden, um Beßarabien und Rumänien zu schützen. Anderseits werden die Alliierten zur Sicherung Sebastopols vor den Bolschewiki und zur Sicherung der Krim als Operationsbasis den Isthmus von Perekop befestigen. Die Abgeordneten de Kerguezec und Meunier sind in besonderer Mission in Odessa angekommen.

Der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wie die „P. P. N." hören, sind die Vorarbeiten soweit gediehen, daß nunmehr die erste deutsche Kommission am Dienstag nach Wien abreisen wird, um dort mit einer deutsch-österreichischen Kommission zur Erörterung der Anschlußfrage zusammenzutreten. Die Verhandlungen dieser Kommission werden sich vor allem auf die währungspolitischen Fragen erstrecken.

Automobilunfall des früheren Kronprinzen.

S. **Haag**, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Holländische Blätter melden, daß der frühere Kronprinz, der in Begleitung eines technischen Beamten eine Automobilausfahrt machte, in Doester mit großer Schnelligkeit gegen einen Baum fuhr. Er erlitt einen Bruch des Handgelenks und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Sein Begleiter kam unverletzt davon.

Die Einigungsbestrebungen in Paris.

Eigene Drahtmeldung.

te. **Lugano**, 7. April.

Barzini stellt im „Corriere della Sera" fest, daß in Spaa die Besiegten gegenüber den Siegern einen Erfolg davongetragen hätten. Hätte aber die Entente, so meint er, eine weniger einsichtsvolle Entscheidung getroffen, dann wäre davon auf Deutschland eine ähnliche Rückwirkung zu befürchten gewesen, wie sie bei Ungarn nach dem Beschluß der Alliierten in der siebenbürgischen Frage eingetreten sei. Deutschland sei gegenwärtig in Auflösung begriffen, und die kleinste Erschütterung würde schon genügen, um die gegenwärtige deutsche Regierung zu Fall zu bringen.

In den diplomatischen Kreisen von Paris und in der öffentlichen Meinung Frankreichs macht sich dem Pariser Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung" zufolge eine Entspannung bemerkbar. Am Sonnabend scheint eine Einigung in den verschiedenen Gesichtspunkten der Alliierten stattgefunden zu haben. Frankreich hofft ebenso wie Belgien auf eine befriedigende Regelung der schwierigen Fragen der Entschädigungen und Wiedergutmachungen. Das wirkungsvolle Eingreifen des Königs Albert von Belgien und die Festigkeit Clemenceaus, der erklärt haben soll, er sei an der äußersten Grenze der französischen Zugeständnisse angelangt, haben auf den Rat der Vier einen günstigen Eindruck ausgeübt.

Präsident Wilson hofft in Bälde seinen Platz in den Vereinigten Staaten wieder einnehmen zu können, so daß demnach der Vorfriedensvertrag in diesem Monat fertiggestellt werden könnte. Die Frage des linken Rheinufers sowie des Saarbeckens ist schon jetzt für die Redaktionskommission bereit. Eine Vollsitzung der Konferenz wird am Freitag das Statut für die internationale Arbeitergesetzgebung ratifizieren.

Die Finanzverhandlungen des Verbandes.

R. **Basel**, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das „Echo de Paris" teilt nach einer Pariser Havasmeldung folgende Einzelheiten über die Finanzverhandlungen mit: Der Wortlaut des Abkommens wird nächste Woche vorliegen. Ein Kompromiß wurde erzielt in den Streitfragen wegen der Art der Bezahlung durch Deutschland. Bekanntlich wurde der Vorschlag, die Zahlungen auf 30 Jahre zu beschränken, von der französischen Regierung bekämpft. Die interalliierte Kommission wird die von Deutschland zu leistende Kontribution jeweils für zwei Jahre im voraus festsetzen. Die Zahlungsordnung für die ersten zwei Jahre wird dieser Tage festgelegt werden.

Wie das gleiche Blatt weiter mitteilt, scheine es, daß Frankreich dem Plane, das linke Rheinufer zu besetzen, entsagt habe. Die wirtschaftliche Blockade werde das einzige Druckmittel bleiben, um Deutschland zur Ausführung des Vertrages zu zwingen.

Ueber die französischen Ansprüche sagt der „Matin", daß wegen der Entschädigungsfrage noch große Differenzen bestehen zwischen dem, was Frankreich verlangt, und was man anderseits anbietet.

Amsterdam, 7. April. Die „Times" meldet, daß Lloyd George gegen Ende der Woche nach London zurückzukehren hoffe, um am Dienstag, den 15. April, im Parlament eine Erklärung über die Friedenspräliminarien abzugeben.

Die Danziger Entscheidung.

(Indirekter Dienst der „Deutschen Allgemeinen Zeitung".)

○ **Paris**, 7. April.

Die Entscheidung in der Danziger Landungsfrage löst hier lebhafte Kritik aus. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald" bedauert, daß die Lösung der Streitfrage nur durch eine Kapitulation der Konferenz vor den deutschen Forderungen möglich gewesen sei. Die „Daily Mail" schreibt, man könne nicht klar erkennen, ob die Alliierten Danzig als Landungshafen wirklich benutzen wollen, oder sich damit zufrieden geben, die ausdrückliche Bestätigung ihres Rechtes darauf erlangt zu haben. Die polnische Delegation in Paris, die die Entscheidung von Spaa in letzterem Sinne auslegt, gibt ihrer lebhaften Enttäuschung darüber sowie ihrer Befürchtungen wegen des Durchzuges der polnischen Truppen durch deutsches Gebiet Ausdruck. General Haller erklärt, er könne sich nicht zufrieden geben, wenn er nicht in Danzig landen könne, dessen Hafen allein große Transportschiffe aufnehmen könne.

Die erste polnische Division wird Frankreich in 14 Tagen verlassen. Fünf weitere Divisionen werden in Abständen von 14 Tagen in fünf verschiedenen Häfen eingeschifft werden.

Paris, 7. April. (Havas.) Paderewski und Noulens sind um 9 Uhr früh in Paris eingetroffen. Clemenceau hatte am Vormittag eine Unterredung mit dem aus Spaa zurückgekehrten Marschall Foch.

Die Ukrainer gegen das Verhalten der Polen.

Eigene Meldung.

Wien, 6. April.

Das Staatssekretariat der westukrainischen Volksrepublik in Stanislau hat heute an Präsidenten Wilson und die Ententevertreter in Paris folgende Depesche gerichtet:

Das Staatssekretariat der westukrainischen Volksrepublik beehrt sich folgende Adresse zu übermitteln: Die polnische Regierung, die sich der Ehre des besonderen Schutzes bei der Entente erfreut, weil diese in Polen ein Bollwerk gegen das bolschewistische Rußland sieht, macht alle möglichen Anstrengungen, um ihre Armee zum Kampfe nicht nur gegen das Sowjetrußland, sondern auch gegen die Truppen der ukrainischen Volksrepublik, wie gegen die Truppen des Direktoriums zu stärken. Alles das geht in der Zeit vor sich, wo unsere ukrainische Armee sowohl in Galizien, als auch in der Ostukraine, die ganze Last des furchtbaren, aber siegreichen Kampfes gegen die Truppen des Sowjetrußlands trägt. Auf diese Weise führt die ukrainische Armee ohne jede Hilfe seitens der alliierten Regierungen den Kampf gegen das Sowjetrußland, während die polnische Armee, von der Entente zum Zwecke des Kampfes gegen die Sowjettruppen unterstützt, ihre Macht dazu verwendet, um sich ukrainischen Territoriums zu bemächtigen, da sich die ukrainische Armee von Tag zu Tag immer tiefer in den Kampf gegen Rußland verwickelt sieht.

Die Polen haben Euer Telegramm vom 19. März nicht beachtet und haben die Unterzeichnung eines Abkommens betreffs der Waffenruhe verweigert und setzen den Kampf auf der ganzen galizischen Front fort. Wir lenken daher die Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen auf diesen Zustand und ersuchen um Intervention dahingehend, daß die Polen den Kampf in Galizien auf der Basis des Telegramms vom 15. März einstellen. Gleichzeitig bitten wir um technische Unterstützung für die Armeen des Direktoriums in dem Kampf gegen das Sowjetrußland.

Für das Staatssekretariat: Dr. Holubowycz.

Deutsche Kriegsgefangene im Frondienst der Polen.

F. **Thorn**, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Das Gnesener Polenblatt „Lech" meldet, daß gemäß der Militärkonvention Polens mit der Entente deutsche in rumänischen Händen befindliche Kriegsgefangene nach Polen gebracht werden, um Kasernen für die neu zu organisierende polnische Armee zu bauen. Polen wolle eigene Arbeitskräfte für „produktivere" Arbeiten verwenden. Es handelt sich um 10 000 Kriegsgefangene.

Posener Polenblätter melden große Lebensmittelausfuhren aus dem Aufstandsgebiet nach Galizien. Ein zweiter Lebensmittelzug mit 52 Waggons Getreide, Zucker und Kartoffeln ist unter militärischer Bedeckung, begleitet von einer Abordnung Posener Persönlichkeiten in Richtung Lemberg abgelassen.

Italienische Wünsche und Hoffnungen.

te. **Lugano**, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der italienische Delegierte Barzilai dem Vertreter der „Morning Post" in Paris gegenüber erklärte, wird sich Italien mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln der Wiederaufrichtung Oesterreichs in Gestalt einer Donauföderation widersetzen. Es werde auch unbedingt darauf bestehen, daß die italienischen Grenzfragen im Sinne des von Italien der Konferenz vorgelegten Memorandums gelöst werden. Die Meinungsverschiedenheiten mit Griechenland hofft man bei der Regelung der Gebietsfragen in Kleinasien beilegen zu können. Den Südslawen sucht Italien nach Möglichkeit gerecht zu werden, indem es ihnen in der Adria einen langen Küstenstreifen mit mehreren Häfen überläßt.

Kundgebung zur Erinnerung an Jaurès.

R. **Basel**, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Pariser Havasmeldung zog die von der Union der Syndikate und der Sozialistischen Vereinigung der Seine organisierte Kundgebung zur Erinnerung an Jaurès viele Teilnehmer herbei. Der Zug, mit den Vertretern der Sozialisten und Branting und Vandervelde an der Spitze, zog unter Absingung der Marseillaise durch die Straßen. Sembat, Longuet, Cachin, Lesy-Brühl als Vertreter der Arbeiterorganisationen und Branting und Vandervelde begaben sich in die Wohnung Jaurès', wo sie Frau und Fräulein Jaurès Blumen übergaben. Der Zug defilierte vor der Büste Jaurès' und löste sich dann auf.

Pariser Pläne über Nordschleswig.

Eigene Drahtmeldung.

V. **Kopenhagen**, 7. April.

Wie der Pariser Berichterstatter der „Berlingske Tidende" erfährt, wird sich die Grenzlinie, hinter welche die deutschen Truppen während der schleswigschen Abstimmung zurückgezogen werden sollen, von Kappeln bis Tönning erstrecken. Wie erinnerlich, war zunächst eine nördlichere Linie, genannt nämlich die von Kappeln bis Husum. Wie der Berichterstatter weiter erfährt, soll auch die Stadt Schleswig von der höheren preußischen Beamtenschaft geräumt werden.

Die interalliierten Kommissäre sollen ihren Sitz in Flensburg haben. Unter ihrer Aufsicht wird die Volksabstimmung in Nordschleswig und in Mittelschleswig distriktsweise stattfinden. Die Südgrenze für die mittelschleswigsche Abstimmung werde sich östlich Munkbrarup, südlich Glücksburg, südlich Oeversee längs der Söholmau bis südlich Föhr und Amrum ziehen. Wie „Syddbölposten" meldet, wird in Flensburg während der Abstimmungszeit ein dänisches Pressebureau errichtet werden unter Leitung des Kontorchefs Ysen.

Entschließung des Verbandes für internationale Verständigung.

Der Verband für internationale Verständigung faßte folgende Entschließung:

Der Verband für internationale Verständigung, der schon in der Zeit vor dem Kriege Schulter an Schulter mit den Schwesterorganisationen des Auslandes für die Versöhnung der Völker und für den Ausbau der internationalen Rechtsordnung gekämpft und diese Ziele durch alle Wechselfälle des Krieges getreulich festgehalten hat, befürchtet, daß ein Deutschland aufgenötigter Gewaltfriede die seelischen Voraussetzungen nicht aufkommen lassen möchte, die für ein neues, besseres Zeitalter der friedlich organisierten Menschheit die unbedingte Voraussetzung bilden. Er erhebt darum seine Stimme und appelliert an alle Männer und Frauen in der ganzen Welt, die mit ihm eines Sinnes und guten Willens sind.

gez. Schücking.

Besprechung über Militär- und Marinefragen.

In der Geschäftsstelle des Auswärtigen Amts für die Friedensverhandlungen fand unter dem Vorsitz des Botschafters Grafen Bernstorff und später des Friedensdelegierten Professors Dr. Schücking eine Besprechung über die voraussichtlich bei der Friedenskonferenz zur Verhandlung kommenden Militär- und Marinefragen statt. Außer zahlreichen Vertretern der Militär- und Marinestellen nahm eine Anzahl der von der Regierung für die Friedensverhandlungen berufenen Sachverständigen an der Sitzung teil.

Die litauische Präsidentenwahl.

Kowno, 7. April. (Litauisches Preßbureau.) Die feierliche Vereidigung des Präsidenten der Litauischen Republik hat heute nachmittag hier im Sitzungssaal der Staats-Taryba stattgefunden. Nach ihm leisteten die Mitglieder der Taryba, nach dem Bekenntnis getrennt, den Verfassungseid.

Kowno, 6. April. Während der Tarybasitzung, die Smetona zum Präsidenten der Litauischen Republik wählte, verließen die sozialistischen Abgeordneten den Saal als Protest gegen Gesetzwidrigkeit der Wahl. Am Sonntag fand große Volksdemonstration vor dem Tarybagebäude statt, die gegen Präsidentenwahl protestierte. Die aufgeregte Menge schrie „Nieder Taryba", „Nieder der Präsident", „Es lebe die Konstituante".

Der Attentäter gegen Clemenceau, Cottin, hat auf die Berufung gegen das Todesurteil verzichtet.

Die Wünsche der Buren. Wie das Amsterdamer Preßbureau aus New York meldet, erklärte der Führer der dort eingetroffenen Abordnung der Buren für die Friedenskonferenz, General Hertzog, die Buren würden kämpfen, wenn ihnen die Freiheit verweigert werde. General Smuts spreche nicht im Namen der Mehrheit der Buren.

Graf Karolyi ist am Freitag, wie die „Republik" meldet, mit dem Ententezug in die Schweiz abgereist.

Ein Gesuch Schottlands in Paris. Nach der „Tribune de Lausanne" hat Schottland der Friedenskonferenz eine Bittschrift vorgelegt mit der Forderung, seine Vertretung der Verteidigung der Rechte Schottlands auf Unabhängigkeit im Friedenskongreß zuzulassen.

Die Minengefahr in der Nordsee ist nach einer Meldung aus Amsterdam immer noch außerordentlich groß. Am Sonnabend sind nicht weniger als sechs Schiffe als vermißt gemeldet worden, hierbei haben 80 Mann ihr Leben verloren.

Albert Verwey.

Von

Friedrich Marcus Huebner.

Bei uns in Deutschland hat kein Geringerer als Stefan George den Namen des holländischen Wortmeisters Albert Verwey zuerst bekannt gemacht; die in den älteren Jahrgängen der „Blätter für die Kunst" verstreuten Uebertragungen findet man heute vereint in seiner Sammlung zeitgenössischer Dichterübertragungen neben Proben von Kloos, einem anderen zeitgenössischen Holländer. Im Verfolg haben dann noch Gundolf und Wolfskehl dies und jenes Gedicht Verweys verdeutscht, bis heute ein Deutschholländer, Paul Cronheim, mit einer ganzen Auslese hervortritt, die als pfleglich ausgestatteter Band von 173 Seiten vom Inselverlag dem deutschen Publikum angeboten wird.

Die Ausgabe bildet eine Tat der Huldigung vor diesem führenden Dichter Hollands und damit vor dem holländischen Schrifttum überhaupt. Sie hilft geistige Brücken schlagen, wo, mindestens auf deutscher Seite, bislang nicht viel mehr als Unkenntnis oder Teilnahmlosigkeit herrschten. Was hat Holland zu bieten? fragte man und wies dem entgegen auf den skandinavischen Norden, auf die Raumtiefe Rußlands, von wo in die deutsche Kunstentwicklung während der letzten Jahre Anregung über Anregung eingeflossen war. Was es zu bieten hat, zeigt diese Auslese — nicht zwar einen neuen Richtungspunkt für das deutsche Denken und Schaffen, nicht mitreißende Verwendung neuer Ausdrucksmöglichkeiten, wohl aber eine Zucht des Handwerks und eine reiche Hege überkommener Formen, wie dies in Deutschland eben nur den Paranassiens um Stefan George zu eigen ist, in Holland jedoch das mittlere Erfordernis jeder Art künstlerischen Schreibens, der Prosa wie der Versrede, bedeutet.

Da der Holländer als Mensch seiner einst besessenen urweltlichen Erregsamkeit sich begeben hat, vermag auch seine Kunst nicht mehr darzubieten, als vorhanden ist: vorwiegend Idyllenkunst bietet er, Versenkung in ausgedachte Gegenstände des lyrischen Kanons, hier und da dekorative Weichheiten und Entrückungen, die flächlich bleiben wie javanische Batikzeichnungen, und die in der Tat auf die koloniale Beziehung zu Indien weisen. Sonderbar verschieden von diesem holländischen Klassizismus, den überstrenge Kunstrichter geradezu als ohnmächtiges Alexandrinertum abtun wollen, hebt sich das Schrifttum der in Belgien ansässigen Niederländer, der Flamen, ab, bei denen die lyrische Inbrunst nirgendwo dekorativ stillhält sondern immer zu dramatisch über den Rand des Versschemas schwillt.

Die Anhängerschaft Verweys in Holland ist außerordentlich groß, zumal er seit vielen Jahren der Herausgeber einer eigenen Zeitschrift, „De Beweging", ist und von hier aus, aber auch sonstwie in Literaturleitfäden und journalistischen Streitaufsätzen die öffentliche literarische Meinung beherrscht. Es gibt keine ernst zu nehmende, über Zeitschriften, Verlage und ein anders gerichtetes Kunstprogramm verfügende Gegenpartei holländischer Schriftsteller, so daß von einem Anschluß des holländischen Schrifttums an die neue expressionistische Bewegung im übrigen Europa nicht geredet werden kann. Holland hält bei den „ewigen Schönheitsgesetzen" der Antike, wie Verwey sie mit den Mitteln der holländischen Sprache noch einmal meisterhaft verbildlicht hat. So hütet sich denn Verwey, den Deckel des menschlichen Dämonenkessels wirklich zu öffnen; er zieht vor, nur das Gefäß und seinen gleichnishaften Schmuck an der Wandung mit erlesenen Sätzen zu beschreiben und vom Inhalte nicht mehr zu zeigen als sein eigenes, studiertes Wissen über diesen Inhalt. Wo für das klassizistische und auch nichtromantische Kunstbestreben die eigentliche Aufgabe erst ansetzt, da geht Verwey über in eine fast trockene Mitteilungsform etwa wie diese:

Höre mich, mein Freund, ein Wort sag' ich dir nun:
Es gibt endlosen Abgrund voll Gefunkel,
es gibt Gewölbe hoch, das Herzen stählt;

und aus einem Nachtgesang an die Liebe flutet, was Liebe genannt wird, nicht überschwenglich heraus auf den Leser, sondern wird diesem in einem goldeingerahmten Spiegel, der sehr ferne aufgestellt ist, gerade nur als Abglanz gezeigt:

Liebe webt all was entsprungen
in des Lebens schönen Plan,
Lieb ist der Erinnerungen
unveränderliche Bahn.

Restlos bedeutend zeigt sich Verwey überall, wo das Begriffliche von selbst zum Gegenstande mitgehört, so in dem schönen Gedicht an Nietzsche oder jenem Klagelied der Sonne, der See und der Nacht, welches lautet:

Die Sonne die See und die Nacht
haben erlebt,
wie gegen Schicksal gestrebt
Prometheus am Stein, Jesus am Holz,
Er in Herzen stolz,
Er aber flüsternd: Es ist vollbracht.

Ewige Mächte sind
heiter geeilt,
haben nie sich verweilt,
wenn Herzblut längs Kreuz oder Felsen rinnt,
und waren doch Söhne von Gott,
die um Menschen litten Schmerzen und Spott.

Die Sonne, die See und die Nacht
haben gehört und gebracht
Wort, Schluchzen und Schrein;
sie sind ihrer voll, sie hallen um Holz und Stein:
Mächtiger als Schicksals Zwang
klingt durch das All ihrer Klage Klang.

Der Welt im Verhältnis eines Mitlebenden, eines die ewigen sozialen politischen, religiösen Umwälzungen Miterduldenden hält Verwey sich ferne; der Gegenpol, das Ich, beschäftigt ihn desto heftiger. Er wird nicht müde, dieses Ich, dem im Zeitlichen keine heimatliche Stätte bereitet sein kann, zu stählen gegen die Einflüsterungen der äußeren Mannigfaltigkeit.

Ich selber wagte ich zu sein. Zu lang
buhlt ich um Gunst der Welt die nicht verstand.
Sie wollt' mich weich und rüd', den Menschen gleich,
die immer schmiegsam sind, stets für sich selbst.

Dies führt zur Einsamkeit. Verwey nimmt sie hin, nicht mit der Leidenschaftlichkeit romantischen Rausches, sondern mit fast antiker Entsagungsbereitschaft:

Wir leben still, wir singen nicht,
wir sind am liebsten ganz verlassen,
wir lauschen an den leeren Straßen,
wir spähen in die dunkle Nacht.

Später wird aus dem rauhen Ergebnis des Erkennens die demütig-harte Tugend des Stolzes:

Wie einer, der sein Tor schließt und sein Werk
verrichtet still zog zwischen dir und mir
ich eine Grenze, laut-bewegte Welt.
Dem Taucher gleich, der in gläserner Glocke
durchs Wasser sinkt und Ungeheuer sieht
und Pflanzen und die Steine jenes Reichs,
das schön und fremd, berückt und droht, — doch er
erlebt sein Wunder unversehrt, des Meers
Bewohner, doch im eigenen Element, —
so lebt ich mit; zwar deine Formen, Welt,
sind um mich, doch ich atm' in eigner Sphär.

Nur einmal und nur einer Tatsache gegenüber öffnet sich der Dichter dem Allgemeinen, dort, wo er vom Vaterlande spricht. Er preist es entzückt als Dichter „der sein Land das schönste achtet", feiert seine Muttersprache, die er für jeden schön klingen läßt, und heißt die großen Figuren und Begebenheiten der Geschichte vor seinem geistigen Auge vorüberziehen den Willen der Vorväter preisend,

den ganz Europa und
die Welt gewann und, wo die Sprache klang,
das Wort „Holland" wie Sonne strahlen ließ!

Hier fühlt man den Dichter am menschlichsten, wie man Homer am menschlichsten fühlt, nicht wo er das Ideal der allgemeinen Humanität verbildlicht, sondern sich als Griechen gibt, mit allem so antihumanen Stolze auf die Zugehörigkeit gerade zu seinem Volk. Verweys Lyrik ist Lyrik Europas, seine Vollendungen bestes Erbgut europäischer Kunstnormen. Einzelpersönliches ward gereckt und gestreckt zum Typisch-Gültigen. Auf eine Verbundenheit und Heimat der Geister wird hingewiesen, die über der Zeit vielleicht einmal zur Wirklichkeit werden kann.

Joseph Durm †. Im Alter von 83 Jahren starb der Professor der Architektur an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe, Geheimer Rat Dr. phil. h. c., Dr.-Ing. h. c. Joseph Durm. Seit 1868 gehörte er dem Lehrkörper der Fridericiana an. 1887 wurde er zugleich mit der Leitung des Badischen Hofbauwesens betraut. Ungezählte öffentliche und private Bauwerke kennzeichnen seine Tätigkeit; genannt sei hier die große Universitätsbibliothek in Heidelberg. Die Berliner Technische Hochschule verlieh ihm die Würde eines Dr.-Ing. ehrenhalber.

Das Gymnasium zu Ratibor feiert in den ersten Tagen des Monats Juni das Fest seines 100jährigen Bestehens. Alle ehemaligen Schüler der Anstalt, die aus diesem Anlaß ihrer Anhänglichkeit und Dankbarkeit Ausdruck geben wollen, werden gebeten, ihre eigene Adresse sowie diejenigen von ihnen bekannten Mitschülern Geheimen Regierungsrat Lüdke in Ratibor mitzuteilen und hierbei anzugeben, ob sie damit einverstanden sind, daß ihr Name unter einen Aufruf zur Beteiligung der alten Schüler an den in Aussicht genommenen Veranstaltungen gesetzt wird.

Populär wissenschaftliche Vorträge. Palmsonntag, Karfreitag und an den Osterfeiertagen findet in der Philharmonie eine Folge populär wissenschaftlicher Vorträge statt, zu der die namhaftesten Vertreter der Berliner Universität ihre Mitwirkung zugesagt haben. Es sprechen Geheimrat von Gierke, Professor D. Dr. Holl, Geh. Rat Kahl, Geh. Rat Roethe und Exzellenz von Willamowitz-Moellendorff. Die Vortragsreihe soll Themen aus dem Gebiete des Staatswesens behandeln.

Dichtungen des Mittelalters brachte das Programm eines Vortragsabends, den Nora Mengelberg im Harmoniumsaal veranstaltete. Wenn eine moderne künstlerische Individualität an Stoffkreisen und Werten ferner Literaturepochen sich versucht, so wird eine wesenhafte Offenbarung immer nur erwachsen aus dem Willen und der Kraft, das historisch Ueberlieferte als eine Tat und Schau des zurückgelandten, doch lebendigen Augenblicks erglühen und auferstehen zu lassen. Eine Vermittlung mittelalterlicher Poesie hätte so mit dem Gehalt unserer jüngsten Dichtung, ihrer Ekstase und ihrer brünstigen Hingabe an Welt und Gott zusammenklingen und den verzehrenden Ueberschwang der gotischen Seele entfesseln können am Geist der Gotik jener Jahrhunderte. In kluger Erkenntnis der charakteristischen Werte ihres Könnens steigerte Nora Mengelberg nicht gewaltsam sich hinein in Spannungen und ausgreifende Gebärden, sondern sprach Dichtungen, in denen sie „Frau Welt" sein durfte — lockend und blickend, neckisch-überlegen und mit spöttischer Schelmerei wie in Henri d'Andelis „Aristoteles" und im „St. Joergen Bild" des Meisters Hans Sachs. Daneben hat ihre Sprechkunst unzweifelhaft auch Farben und Möglichkeiten, die über den kleinen Stil sich erhebende Eindrücke schaffen von reicherem Strich und tieferer Vergeistigung. In Weichheit und versonnener Milde erschimmerte die rührende Gläubigkeit der Hymnen und wundersamen Legenden zum Preis der Jungfrau Maria und zugleich hatte sie in dem altflämischen Gedicht von „Lanzelot und Sanderein" Rhythmus und Puls für die Besonderheit mittelalterlicher Dramatik. Indem die Vortragende echt und ungezwungen sich mitteilte in der Anmut und strebenden Ehrlichkeit ihres künstlerischen Naturells, vermochte sie — in bewußtem Verzicht auf eine Beschwörung mystisch-ekstatischer Gedichte — doch alle eigenwillig-bunte Fülle jener versunkenen Welt zu Gestalt und glückhafter Verlebendigung aufzurufen, und bewährte so ein achtenswertes Talent, dem man immer wieder gerne wird begegnen wollen.

M. F.

Bayern und der Frieden.

Die Folgen der Staatsumwälzung in Bayern sind weder innenpolitisch noch außenpolitisch schlüssig zu beurteilen; man weiß nur, daß wir durch die bayerische Sonderpolitik vor neue heillose Verwirrungen gestellt sind in einem Augenblick, in dem alles von einer ruhigen besonnenen Entwicklung abhängt. Das Verhängnisvollste an der gegenwärtigen Lage ist, daß alles, das Schicksal des Reiches, das Zustandekommen des Friedens, die Durchführung der Erzahlungserleichterungen durch Einfuhr, ja die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes, untrennbar verbunden ist mit dem Bestehen einer geordneten zentralen Reichsgewalt, in der die Entente den Ausdruck des deutschen Volkswillens anerkennen mußte. Dieser Zusammenhang ist durch den Münchener Staatsstreich zweifellos gestört oder doch erheblich gefährdet: die neue bayerische Räterepublik hat als eine ihrer ersten Regierungshandlungen die politische Fühlungnahme mit der russischen und ungarischen Sowjetrepublik verkündet, während die Politik des Reiches, der allgemeinen internationalen Lage entsprechend, zu keiner dieser beiden Staaten amtliche Beziehungen unterhält. Man kann über eine solche grundsätzliche Umstellung der deutschen auswärtigen Politik verschieden denken, jedenfalls ist es eine vorzweifelte Situation, wenn München in dieser Grundfrage anders handelt als Berlin.

Es ist schon lange eine der Hauptthesen der „Temps"-Politik, daß die Entente gerecht mit den bundesstaatlichen Regierungen Deutschlands verhandeln müsse. Vorgänge, wie sie jetzt in Deutschland sich ereignen, sind natürlich geeignet, diese Theorie zu stützen, weil sie im Ausland den Glauben stärken, daß das Deutsche Reich zu bestehen aufgehört habe, und daß man mit den einzelnen Stammesregierungen rechnen müsse, ohne einen deutschen nationalen Willen als moralischen und politischen Faktor in Rechnung zu setzen. Wie eine solche Auffassung auf die Behandlung der deutschen Grenzfragen, die doch eine allgemeine deutsche Angelegenheit sind, einwirken würde, bedarf keiner weiteren Ausführung. Allerdings ist kaum anzunehmen, daß die Entwicklung in Bayern von der Entente mit ungeteilter Freude begrüßt werden wird. Vermutlich wird das eine Auge naß, das andere heiter sein, sodaß sich eine prompte politische Reaktion der Entente auf die bayerische Sonderpolitik zunächst schwerlich einstellen dürfte. Es angenehm es sicher in vielen Ententekreisen empfunden wird, daß die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland eine neue Trübung erfahren, und daß die Regierung Ebert—Scheidemann vor große Schwierigkeiten gestellt wird, so sehr wir man doch in einer Ausbreitung der bolschewistischen Ideen eine Gefährdung der eigenen Interessen, vor allen des Friedens erblicken, den man allmählich doch auch in Paris und London herbeisehnt.

Damit wird die für uns wichtigste außenpolitische Frage berührt, welche die Münchener Ereignisse aufwerfen: Was wird die Entente tun? Wie werden ihre politischen Linien durch den Versuch einer Bolschewisierung Deutschlands von Bayern aus beeinflußt werden? Daß man diese Frage stellen muß, zeigt schon, wie gefährlich die Münchener Politik für uns ist, und welche Verantwortlichkeiten sie in sich schließt. Die Entente ist durch Verträge und durch die öffentliche Meinung der Welt gebunden, mit dem Deutschen Reich, wie es sich aus der Revolution entwickelte, also mit der demokratischen Republik, ihrer gesetzlichen Regierung und ihrem verfassungebenden Körper, der Nationalversammlung, den Frieden zu schließen. Wir haben in den letzten Monaten erlebt, auf welche Hindernisse diese Entwicklung bei ihr stieß. Sie war ihr durch das deutsche Waffenstillstandsangebot und den Willen Wilsons zum Frieden aufgenötigt worden gegen die imperialistischen und chauvinistischen Instinkte in Frankreich und England, die die volle Ausnutzung des Sieges verlangten. In jäher Arbeit, durch viele Opfer und nur durch Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung hat die deutsche Regierung es verhindert, daß diese Grundlage des zum Frieden führenden Zustandes bis heute unverückt blieb. Erst in letzter Zeit hat sie zwei schwere und wichtige Verpflichtungen auf sich genommen: die Zudienstellung der deutschen Handelsflotte zur Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und den Transport polnischer Truppen durch Deutschland, um die Losreisung der Stadt Danzig zu verhindern. Das Opfer der Flotte wird nur fruchtbar, wenn die Entente keinen Anlaß oder Vorwand erhält, die Zufuhr von Lebensmitteln zu verweigern, was sie sicherlich tun würde, wenn die inneren Zustände in Deutschland eine sorgende Verteilung nicht garantierten; der Transport der Truppen des Generals Haller aber, und damit die Erhaltung Danzigs, wird nur möglich, wenn die deutschen Bahnen im Auftrag der Regierung laufen, die jenes Abkommen geschlossen hat. Die beiden Beispiele zeigen deutlich die Gefährdung der internationalen Ruhelage durch eine dilettantische, partikularistische oder lediglich von Parteiprogrammen diktierte Politik eines deutschen Teilstaates.

Die Reichsregierung wird durch das Vorgehen Bayerns zunächst nur in die Nähe grundsätzlicher Entscheidungen, nicht direkt vor solche gestellt. Da die bisherige Regierung in Bayern die Einsetzung der Räterepublik nicht anerkannt hat, muß man zunächst abwarten, zu welchen Ergebnissen die Auseinandersetzung zwischen München und Nürnberg führen wird. Es bleibt doch immerhin die Möglichkeit offen, daß die Mehrheit des bayerischen Volkes, die zweifellos mit dem Staatsstreich nicht einverstanden ist, die Kraft findet, sich der Politik München-Schwabings erfolgreich entgegenzustemmen. Dann bliebe die bayerische Räterepublik nur eine Episode in dem unsichtbaren Kampf des deutschen Bolschewismus, die Demokratie durch die Diktatur von unten zu ersetzen. Es kann freilich auch anders kommen: schon hat München in einzelnen bayerischen Provinzstädten, so in Fürth, Schule gemacht; zweifellos ist die Umwälzung in München nur ein Glied in einem weiten politischen Plan, der sich über ganz Deutschland erstreckt, so daß wir wohl mit gleichen und ähnlichen Ereignissen auch anderwärts zu rechnen haben. Dann wird sich die Reichsregierung vor die Machtprobe gestellt sehen, bei der ihre außenpolitische Verantwortung für das Schicksal Deutschlands und des Friedens eine vornehmere Legitimation für alles Handeln darstellt, als innerpolitische Programme zu geben vermögen. Denn, wie man sich auch zu den Leistungen und Absichten der Reichsregierung stellen mag, ob man ihre Politik für richtig hält oder sie von rechts oder von links her kritisch beurteilt, — die Tatsache, daß sie die Regierung ist, mit der die Entente, gegen oder ungern, den Frieden schließen muß, sichert ihr die Unterstützung eines jeden, der die Zukunft des Reiches und des Volkes nicht leichtsinnig verspielt sehen möchte.

r.

Verschärfter Belagerungszustand.

München, 7. April. (Corr. Hoffmann.) Das Generalkommando des 1. Bayerischen Armeekorps gibt bekannt: Unter Heutigem wurde die Räterepublik Bayern ausgerufen.

Für den Bereich des 1. Bayerischen Armeekorps wird die auf weiteres der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Zusammenrottungen und Demonstrationen sind strengstens verboten. Wer tätlich gegen die Vertreter der Räterepublik vorgeht, wer plündert, raubt oder stiehlt, wird erschossen. Der im Korpsbereich des 1. Bayerischen Armeekorps verhängte Belagerungszustand und das Standrecht werden nur im Interesse der Sicherheit der Proletariats bis auf weiteres aufrecht erhalten. Die Polizeistunde ist auf abends 10 Uhr, an Samstagen und Sonntagen auf abends 11 Uhr festgesetzt. Eine Stunde nach Eintritt der angegebenen Zeit hat alles in seiner Behausung zu sein. Das Recht der Straße gehört der Klassenbewußten Arbeiterschaft. Die revolutionären Soldaten, welche den Schutz der Arbeiterkassen übernommen haben, sorgen für die Durchführung dieser Anordnung.

Bamberg, 7. April. Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei fränkischen Regierungsbezirke haben untereinander Fühlung genommen und erheben einstimmig Protest gegen die Ausrufung Bayerns zu einer Räterepublik.

Die Pläne der Münchener Führer.

Eigene Drahtmeldung.

M. München, 7. April.

Ich sprach gestern mit einigen Führern der Unabhängigen und Kommunisten, die nach Aschaffenburg reisten, über die nächsten Pläne des neuen Regiments. Man macht sich die Hoffnung, zunächst Württemberg und Frankfurt für den Bolschewismus zu erobern, und will dann über Mitteldeutschland hinweg dem Rubrgebiet die Hand reichen. Auch von Sachsen, namentlich von Leipzig, glaubt man Hilfe erwarten zu können. Ein Bündnis Bayerns mit Ungarn und Rußland soll natürlich eine der nächsten Maßnahmen sein. Man glaubt auch, die tschech-österreichischen Bahnen benutzen zu können, und hält es für möglich, daß der tschechisch-slowakische Staat Kohlen nach Bayern ausführen wird. Man macht sich wohl allerlei Hoffnungen, deren Erfüllung recht unwahrscheinlich ist. Oder man tut nur so, als glaube man an diese Hoffnungen, um sich und der neuen Regierung den nötigen politischen Kredit zu verschaffen. Denn einen solchen Kredit hat man bitter nötig. Denn was jetzt kommen muß, ist der Bürgerkrieg. Kurt Eisners Politik war in erster Linie darauf eingestellt, den Bürgerkrieg, wie überhaupt Blutvergießen, zu vermeiden. Gerade Kurt Eisners Politik war es, die den Boden für die Staat hängte, die jetzt aufging.

Indessen haben die Kommunisten, die heftige Opposition, die sie von Anfang an gegen die Proklamation der Räterepublik aufbrachten, fortgeführt. Es steht keineswegs gut mit der Einigkeit des Proletariats. Die Kommunisten sind wiederum gespalten, denn manche von ihnen machen doch mit der Räterepublik mit, so daß der allen Dingen die immerhin beträchtliche Gruppe um Dr. Levien herum sich stark gegen den neuen revolutionären Zentralrat wendet. Auch die Unabhängigen sind nur in München einig und die Mehrheitssozialdemokratische Partei in Bayern ist zur Stunde augenscheinlich völlig zerrüttet. Eine Erklärung der Unabhängigen Partei Münchens heißt mit, sie hätte von Anfang an mit größtem Mißtrauen den Versuchen gegenüberstanden, die einige mehrheitssozialdemokratische Mitglieder des Zentralrats und ohne Auftrag des U. S. P.-Ministers Unterleitner unternahmen, um beim bisherigen Ministerium die Proklamation der Räterepublik zu erwirken. Man hätte nicht zu dem Glauben kommen können, es sei eine Räterepublik im wahren revolutionär-sozialistischen Geiste beabsichtigt.

Der Ruhrstreik.

O. Bochum, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) **Die Zahl der Streikenden im Ruhrrevier betrug in der Frühschicht 156645 gegen 144883 Mann in der Frühschicht am Sonnabend.**

O. Bielefeld, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) In einer Sitzung des Gesamtvorstandes des alten Bergarbeiterverbandes wurden die gegenwärtige Lage im Bergbau, der Streik im Ruhrgebiet, die Wertschmelzungsfrage und andere wichtige Probleme eingehend besprochen. Zur Frage der Schichtzeit wurde eine Entschließung angenommen, in der betont wird, daß sich der Verband zu parteipolitischen Zwecken nicht mißbrauchen lasse. Die Forderung der sechsstündigen Schicht sei von den Kommunisten nur aufgestellt worden, um die Bergarbeiter über den parteipolitischen Charakter des Streiks zu täuschen. Der Verband sei ein Gegner der sechsstündigen Schicht, wünsche aber mit Rücksicht auf die Lebensinteressen des ganzen Volkes, daß die Schichtverkürzung schrittweise erfolge und zwar auf internationaler Grundlage. Gegenwärtig, wo erhöhte Kohlenförderung eine bessere Nahrungsmittelversorgung bedeute, müsse alles getan werden, um einen weiteren Förderungsrückgang zu verhindern.

Der Fehlschlag des Düsseldorfer Generalstreiks.

T. Düsseldorf, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Versuch, auch die Eisenbahner in den Generalstreik hineinzuziehen, ist völlig fehlgeschlagen. Eine Versammlung der Eisenbahner des Bezirks Düsseldorf beriet heute über diese Frage. Bei der Abstimmung für oder gegen den Generalstreik ergab sich auch nicht eine Stimme zugunsten des Streiks. Auch die sozialdemokratische Mehrheitspartei hat heute nachmittag sich mit der Streikfrage befaßt und sich entschieden, die Arbeiter zu mahnen, die Arbeit fortzusetzen, oder doch, wo es nicht möglich sein würde, sich ruhig zu verhalten. Die Partei ist gegen den Streik, der lediglich den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann bezweckt und die Zustände in Deutschland zum völligen Chaos bringen würde. Gegen Abend hatte sich die Streiklage in Düsseldorf wenig verändert.

T. Düsseldorf, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Etwa die Hälfte der Düsseldorfer Arbeiterschaft hat sich dem Generalstreik angeschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist vollständig eingestellt. Die Gasversorgung wird nur notdürftig aufrecht erhalten. Dagegen haben sich die Arbeiter des Elektrizitätswerkes dem Streik nicht angeschlossen. Morgen vormittag wird in allen Betrieben darüber abgestimmt, ob weiter gestreikt werden soll. Von gewerkschaftlicher Seite wird erklärt, daß der Generalstreik schon nach eintägiger Dauer zusammengebrochen sei.

Der Streik bei Krupp.

D. Essen, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Streik bei der Firma Krupp ist noch nicht beigelegt. Die Lore der Firma sind durch Streikposten gesperrt, die den Arbeitern den Eintritt verweigern. Die Arbeiter haben zwar in ihrer Mehrheit beschlossen, sich eventuell gewaltsam Eingang in die Werkstätten zu verschaffen, der Beschluß hat aber bisher eine praktische Nachwirkung nicht gehabt.

Essen, 7. April. Bei der Firma Krupp ist der größere Teil der Belegschaft durchaus arbeitswillig und auch zur Arbeit erschienen. Demgegenüber hat das sogenannte Revolutionsstreikkomitee die Firma ersucht, die Werkstätten für die Arbeitswilligen zu schließen, was die Firma ablehnt.

Keine Aufhebung des Belagerungszustandes in Stuttgart.

W. Stuttgart, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Staatsregierung erläßt eine Bekanntmachung, wonach sie sich nicht in der Lage sehe, den Belagerungszustand aufzuheben, da die Spartakisten durch ihren Terror in den großen Betrieben die Arbeiterschaft an der Wiederaufnahme der Arbeit verhindern. Die Polizeistunde wurde abweichend von der bisherigen Anordnung vom Militärbefehlshaber im Einvernehmen mit der Regierung auf 9 Uhr abends festgesetzt und der Straßenverkehr bis 10 Uhr abends zugelassen.

Stuttgart, 7. April. Nach dem amtlichen Bericht vom 7. April 1919 abends 7½ Uhr herrscht in Stuttgart völlige Ruhe. Die Geschäfte haben geöffnet. Das Gaswerk hat mit Hilfskräften die Arbeit aufgenommen. Die Arbeit bei Bosch, Daimler und den anderen Großbetrieben wird morgen wieder aufgenommen, ebenso in Göppingen, wo der Verband der Industriellen die Bezahlung der Streiktage abgelehnt hat.

Regierungsertrag gegen einen Eisenbahnerstreik.

Amtliche Meldung.

Berlin, 7. April.

Es sind zurzeit unter den Eisenbahnbeamten Bestrebungen im Gange, zur Durchsetzung einseitiger Gehaltsforderungen gegebenenfalls auch in einen Streik einzutreten. Die Staatsregierung stimmt mit großen Beamtenverbänden in der Auffassung überein, daß der festen Anstellung der Beamten und der staatlichen Garantie ihrer besonderen Rechte ihre Gebundenheit an den Dienstvertrag, den sie einseitig nicht lösen können, entspricht. Auch das Koalitionsrecht rechtfertigt keinen Vertragsbruch. Jede nicht genehmigte Dienstverweigerung stellt sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht.

Die Regierung würde der Volksgesamtheit gegenüber gewissenlos handeln, wenn sie den Beamten die Befugnis einräumen wollte, Staatsbetriebe wie die Eisenbahn stillzulegen und dadurch der Volksgesamtheit, deren Interesse der Beamte dienen soll, unendlichen Schaden zuzufügen.

Dies gilt um so mehr, als der schwer bedrängte Staat in seiner Fürsorge für die Beamten durch Milliardenaufwendung bis an die äußersten Grenzen seiner Leistungsfähigkeit geht gegangen ist und als sozialrechtliche Volksgenossen, von denen die Mittel für Befriedigung der neuen Forderungen der Eisenbahnbeamten aufgebracht werden müssten, in ihrer Stellung weniger gesichert und geringer entlohnt sind wie eben diese Eisenbahnbeamten.

In die Regierung müßte solchem Streik zu einer Zeit, in der das Vaterland noch fortgesetzt durch äußere Gefahren und durch den Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen schwer bedroht ist, geradezu als ein Verbrechen am gesamten Volke betrachten. Hungersnot und Stillstand der gesamten Wirtschaft würden die unausbleiblichen Folgen des Versagens der Verkehrsmittel sein und die Beamten würden dadurch — neben der Gefährdung ihrer Lebensstellung — für sich selbst, für ihre Frauen und Kinder und für alle Volksgenossen namenlosest Elend heraufbeschwören.

Die Regierung weiß, daß weitaus die Mehrzahl aller Beamten ihre Ansicht teilt. Diese können sich darauf verlassen, daß die Regierung auch alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel anwenden wird, um Dienstreibige vor dem Terror einzelner zu schützen.

Sie ist überzeugt, daß es nur dieser Darlegung bedarf, um die Beamten, die dem Vaterlande ihre Treue in den Zeiten härtester Prüfung und Not unverbrüchlich bewiesen haben, von einem verderblichen Kampfe gegen die Volksgesamtheit abzuhalten.

Berlin, den 7. April 1919.

Die Preußische Staatsregierung.

Hirsch. Fischbeck. Braun. Haenisch.
Dr. Südekum. Heine. Reinhardt. Dr. Am Zehnhoff.
Oeser. Stegerwald.

Einwohnerwehr.

Jeder waffenfähige Einwohner

Berlins und seiner Vororte melde sich zum Eintritt in die von der Regierung befohlene Einwohnerwehr zum Schutz der Familie und des Eigentums! Keine Berufsunterbrechung! Einberufung erst im Augenblick der höchsten Gefahr! Verwendung nur innerhalb der eigenen Gemeinde! Gleiche Entschädigungsverpflichtung bei Todesfall oder Invalidität für alle Mitglieder wird gezogen.

Meldestellen:

für **Berlin**, Edenhotel, Zimmer 448, Kurfürstendamm,
- **Friedenau**, Königin-Luise-Gymnasium, Gadlestr. 14,
- **Schöneberg**, Neues Rathaus, Zimmer 44,
- **Steglitz**, Rathaus, Kdo. der Einwohnerwehr,
- **Dahlem**, Königin-Luisen-Stift, Podbielskiallee 78,
- **Wilmersdorf**, Schaperstr. 29,
- **Charlottenburg**, Rathaus, Zimmer 211,
- **Lichterfelde-Drakestr.**, Realgymnasium, Lilo Stegemannstraße,
- **Zehlendorf**, Mühlenskalee 19,
- **Tempelhof**, Rathaus,
- **Schmargendorf**, Rathaus,
- **Nikolassee**, Rathaus,
- **Mariendorf**, Rathaus.

Eine Warnung vor neuem Generalstreik.

Der Bezirksvorstand der Berliner Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Betriebsvertrauensleute von Groß Berlin richten den folgenden Aufruf an die Berliner Mitglieder der Partei:

„Kaum daß der Generalstreik im März mit seinen so tief beklagenswerten Begleiterscheinungen hinter uns liegt, versucht man schon wieder erneut Stimmung für einen solchen am Tage des Zusammentritts des Rätekongresses, dem 8. April, zu machen. Die Agitation dafür wird so geheim betrieben, daß nur ein gewisser Teil der Arbeiterschaft haben unterrichtet ist. Dieser hofft, durch die Anwendung von Gewalt und anderen Mitteln die Arbeiterschaft erneut in den Streik treiben zu können. Wir erwarten von unseren Parteigenossen, daß sie solchen Versuchen mit ganzer Energie entgegentreten, denn nicht die Reaktion, sondern die Arbeiterschaft ist es, die durch solche Streiks am allerschwersten betroffen wird. Nicht eine Besserung, sondern noch eine weitere Verschlechterung unserer ohnehin schon schlimmen Wirtschaftslage wird dadurch herbeigeführt. Wir ersuchen darum unsere Parteigenossen, sich nur nach den Weisungen, die von unserer Parteileitung herausgegeben werden, zu richten."

* * *

Wie den „P. P. N." aus gewerkschaftlichen Kreisen mitgeteilt wird, haben die linksstehenden Unabhängigen und die Spartakisten an den letzten drei Tagen ungeheure Anstrengungen gemacht, unter der Berliner Arbeiterschaft Stimmung für den Generalstreik zu machen, der Dienstag oder Mittwoch dieser Woche in Berlin einsetzen soll. Die Arbeiter, von denen man annimmt, daß sie für den Generalstreik empfänglich seien, sind besonders am Sonntag durch Hausagitation tüchtig bearbeitet worden. Aber gerade diese Anstrengungen sprechen dafür, daß für einen neuen Streik keine Stimmung vorhanden ist. Die Erfahrungen des letzten Streikes wirken heute noch nach und die namenlosen Begleitungen der Regierung tun das ihrige, um keine allgemeine Generalstreikstimmung aufkommen zu lassen. Schließlich wird in den Kreisen der Mehrheitspartei und der Gewerkschaften allgemein angenommen, daß auch der Verlauf des sonntäglichen Bezirkstages für Großberlin den Einfluß der Linksradikalen in den Gewerkschaften schwächen wird. Sollte es zu einem Streik kommen, so wird jedenfalls nur mit Teilstreiks zu rechnen sein.

Angestelltenstreik der Darmstädter Bank.

Die zwischen Vertretern der Angestellten und der Direktion der Darmstädter Bank geführten Verhandlungen haben zu keinem Resultat geführt; infolgedessen traten die Angestellten gestern in den Streik.

Im Lehrervereinshause fand gestern abend eine Fraktionssitzung sämtlicher Betriebsangestelltenräte statt. Die Betriebsräte haben auf Grund des Streiks der Darmstädter Bank ihren Direktionen folgendes Ultimatum gestellt: Ist die Direktion bereit, sofort eine mündliche oder schriftliche Erklärung dahin abzugeben, daß dem gesamten Personal der Banken, Zentral- und Depositenkassen, keinerlei Arbeit im Interesse der Darmstädter Bank zugemutet werden soll? Sofern die Direktion eine solche Erklärung abzugeben nicht imstande oder gewillt ist, sieht sich der Betriebsrat gezwungen, unverzüglich eine Betriebsversammlung einzuberufen, die über die alsdann notwendig werdende Arbeitsniederlegung zu beschließen haben wird. (Vergl. das Inserat auf Seite 4.)

* * *

Der Streik der kaufmännischen Angestellten der Neuen Boden-Aktiengesellschaft, Berlin, ist heute durch einen von den Beteiligten vor dem Schlichungsausschuß Groß Berlin abgeschlossenen Vergleich beigelegt worden. Die Arbeit wird am 8. April früh wieder aufgenommen.

Die Beamtenausschüsse in den preußischen Ministerien.

Die Preußische Regierung hat den Ressortministerien die Bestimmungen über Bildung und Aufgaben der Beamtenausschüsse" mit einigen Richtlinien für die den Ministerien gemäß § 6 zugelassenen Ausführungsanweisungen zugehen lassen. Diese Ausführungsanweisungen haben in erster Linie die Frage zu regeln, ob und in welchem Umfang vorübergehend beschäftigte Beamte oder Angestellte ohne Beamteneigenschaft bei Wahl und Zusammensetzung der Beamtenausschüsse zu beteiligen sind. Die verschiedenen Verhältnisse, die bei den Behörden der einzelnen Ressorts in dieser Hinsicht obwalten, haben die Aufnahme genauerer diesbezüglicher Bestimmungen untunlich erscheinen lassen. Hinsichtlich des Aufgabenkreises der Beamtenausschüsse ist die Aufnahme bestimmter Einzelbefugnisse unterblieben, um der Anpassung an örtliche Verhältnisse, der allmählichen Gestaltung der den Beamtenausschüssen zufallenden Tätigkeit und der harmonischen Entwicklung der Beziehungen zwischen Beamtenausschüssen und Verwaltung möglichst freien Spielraum zu lassen.

Der aus Beamtenkreisen vorgebrachte Wunsch, daß der Beamtenausschuß der Mitgliederzahl eines Ausschußmitgliedes gehört werden solle, wird im allgemeinen als berechtigt anzuerkennen ist, hinsichtlich der Wahl und der Zusammensetzung der Beamtenausschüsse beschränken sich die Bestimmungen auf wenige allgemein gehaltene Vorschriften, um da, wo Beamtenausschüsse bereits in Tätigkeit sind, eine zwingende Notwendigkeit zur Vornahme von Neuwahlen zu vermeiden. Da eine gesetzliche Regelung der Mitgliederzahl im Rahmen der geplanten Neuordnung des Beamtenrechts in Aussicht genommen ist, wird es zweckmäßig sein, die weitere Entwicklung und die mit den Beamtenausschüssen gemachten Erfahrungen genau zu verfolgen.

Aus Groß Berlin.

Die Vollmilchkarten für Mai werden in den zur Zeitung Groß Berlin gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen ausgegeben. In Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Mittwoch, 9. und Donnerstag, 10. April, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Freitag, 11. und Sonnabend, 12. April, für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am Montag, 14. und Dienstag, 15. April. — Auf die „Ill" Vollmilchkarten wird auf die Dauer von 4 Tagen, und zwar vom 9. bis 12. April, je eine Büchse Kondensmilch verabfolgt.

Die Preise für Eier gehen außerhalb täglich zurück. In der Mark werden nur noch 50 und sogar nur 40 und 30 ₰ für das Stück verlangt. Wenn dieser Preis auch noch recht hoch ist so ist er recht schon eher zu erschwingen als 1,50—1,60 ℳ in dem letzten Winter.

Die Notwendigkeit der Einwohnerwehren. Der in der Vollversammlung der Groß Berliner Stadtverordneten-Sozialdemokrate angenommene Antrag des Unabhängigen Preiser, der in der Schaffung von Einwohnerwehren eine Gefahr für die Revolution erblickt, da zum Schutze gegen Plünderungen eine Wehr aus organisierten Arbeitern genüge, ist, wie der Sz. Korrespondenz geschrieben wird, vollkommen sinnlos. Arbeiter allein können eine große Stadt vor Plünderungen nicht schützen, da in vielen Stadtteilen überhaupt keine Arbeiter wohnen und es nicht zu erwarten ist, daß die Arbeiter ein besonderes Interesse am Schutze des Eigentums der ihnen fremdgegenüber Bevölkerungsschichten haben. Ein jeder muß den Schutz seiner Habe selbst übernehmen, so daß außer den selbstverständlich sehr willkommenen Arbeitern auch die bürgerliche Bevölkerung für die Einwohnerwehren herangezogen werden muß. Der ganz unpolitische Charakter der Wehren ist überdies von den maßgebenden Stellen immer wieder betont worden, so daß die Angst des Herrn Pfeiffer für die Revolution ganz unbegründet ist.

Der Zweite Rätekongreß. Mit einer Begrüßungsfeier im Festsaale des „Rheingold" wurde Montag abend der Zweite Rätekongreß eingeleitet. Wie aus der Fraktionsbildung bekannt wird, verfügen die Mehrheitssozialisten über eine geschickte starke Mehrheit im Kongreß. Nach Wortbeiträgen des Mülhaus-Orchesters nahm der Zentralrat Cohen-Reuß das Wort zur Begrüßung der unmittelbaren Vertreter des werktätigen Volkes. Es ist unsere Aufgabe, zu beweisen, daß die Werktätigkeit die alte wird und diese noch an Produktion übertragt, damit wir zum Sozialismus kommen können. Es ist kein Geheimnis, daß die Räte im Reiche nicht beliebt sind. Man macht sie verantwortlich für alle Schwierigkeiten, in denen wir stecken. Der Vorwurf ist falsch. Ebenso ist es unrichtig, daß sie die Nachfolger der Leute sind, die das deutsche Kriegsheer von hinten erdolcht haben. Das geschah durch Ueberlegenheit der Gegner an Material, Menschen und Strategie. Daß nach dieser Niederlage eine Katastrophe hereinbrach, war ein Wunder. Aber da sind die Räte in die Breische gesprungen. Die Arbeit des Kongresses beginnt in einer sehr kritischen Zeit. Es wird von der Entschlußfähigkeit des Kongresses zweifellos viel abhängen. Seine Arbeitsfähigkeit wird entscheidend sein für das Wohl und Wehe des Reiches.

Reisepässe. Die Erteilung von Reisepässen für Einwohner der Stadt Berlin erfolgt jetzt nur durch die Polizeiwache, Zimmer 330/60, im Dienstgebäude Alexanderstraße 3—6.

Letzte Meldungen.

Das Arbeitsprogramm der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung wird nach den vorläufigen Plänen nur bis zum 9. bis 12. April Sitzungen abhalten und sich bis zum 30. April vertagen. Der Verfassungsausschuß wird bereits eine Woche früher seine Beratungen wieder aufnehmen. Vor Ostern wird die Nationalversammlung nur die erste Lesung des Etats vornehmen. Sofort nach Ostern wird sich die Nationalversammlung mit dem Vorfriedensvertrag beschäftigen.

Der 1. Mai als Nationalfeiertag.

Berlin, 7. April. Von berufener Stelle wird uns mitgeteilt: Das Kabinett hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der 1. Mai zum Nationalfeiertag erklärt werden soll.

S. Dresden, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Ministerpräsident Dr. Gradnauer äußerte sich Pressevertretern gegenüber, daß er die zuversichtliche Hoffnung hege, daß der neue Brand nicht auf Sachsen übergreifen werde.

r. Hamburg, 7. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der englische Torpedozerstörer „Taurus" ist im Hamburger Hafen eingetroffen.

Cuxhaven, 7. April. Der Fischdampfer „Amalie" aus Geestemünde lief in der Nacht zum Freitag auf eine Mine und sank in kaum zwei Minuten.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Rotwein, Berlin.
Für den Anzeigenteil und „Geschäftliche Mitteilungen" verantwortlich: Herm. Joachim Schumacher, Berlin.
Druck und Verlag der Berlin-Brandenburgischen Druckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68, Wilhelmstraße 32.

Erklärung.

Die Angestellten unserer Bank haben am 7. ds. Mts. beschlossen, am 8. in den Ausstand zu treten.

Die in der am 4. April stattgehabten Versammlung der Angestellten aufgestellten Forderungen wurden der Direktion erst am 7. ds. Mts. vormittags 10½ Uhr zugestellt. Sie enthielten die Androhung, dass, wenn die fortzuführenden Verhandlungen bis spätestens Montag, den 7. April, mittags 12 Uhr, nicht zu einem die Angestelltenschaft befriedigenden Ergebnis geführt hätten, diese am Dienstag früh in den Ausstand treten würde.

Von den zahlreichen Forderungen der Angestellten erschien ein Teil geeignet, als Unterlage für aussichtsvolle Verhandlungen zu dienen, ein Teil wegen der unerträglichen damit verbundenen finanziellen Belastung der Bank nicht gewährbar, ein weiterer Teil hätte wegen seiner grundlegenden Bedeutung, der Unbestimmtheit der Wünsche und Kompliziertheit der Materie längerer Beratungen auch ausserhalb der Kreise der Bankleitung und des Angestellten-Ausschusses bedurft.

Hiernach wäre eine Regelung der Angelegenheit schon angesichts der Kürze der von den Angestellten gewählten Frist von vornherein unmöglich gewesen.

Auch die am 7. ds. Mts. 11½ Uhr vormittags auf Einladung des Reichsarbeits-Ministeriums begonnenen Verhandlungen haben trotz weiteren Entgegenkommens der Direktion zu einem Ergebnis nicht geführt.

Die Direktion der Bank verschliesst sich keineswegs der Einsicht, dass die Not der Zeit eine schwere und drückende ist. Jedoch erscheint die wirtschaftliche Lage der Angestellten der Darmstädter Bank durchaus nicht besonders ungünstig im Vergleich zu der Lage der übrigen deutschen Angestelltenschaft. Die Bankleitung hat insbesondere der steigenden Teuerung der letzten Jahre durch erhebliche Erhöhung der Gehälter, durch Bewilligung von Teuerungszulagen und Wirtschaftsbeihilfen in weitem Masse Rechnung getragen. Sie hat auch ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, die bereits früher als ausserordentliche Zuwendung gewährte besondere Teuerungszulage für das laufende Jahr zu gewähren, sich schliesslich auch zu einer Erhöhung bereit gefunden.

Sie glaubt dasjenige getan zu haben, was ihr nach pflichtmässiger Prüfung der Lage der Angestellten geboten und bei der Lage der Bank möglich erschien und hat sich vergewissert, dass bei einem Vergleich der durchschnittlichen Bezüge der Angestellten der Bank mit denen der Angestellten der anderen Berliner Grossbanken erstere keineswegs zurückstehen.

Die Steigerung der Unkosten der Bank im Jahre 1918 gegenüber 1917 hat mehr als 10 Millionen, d. h. 50 % betragen, so dass bereits jetzt die Unkosten ein Mehrfaches des an die Aktionäre zu zahlenden Dividendenbetrages ausmachen. Die Unkostensteigerung des Jahres 1919 wird die des Jahres 1918 noch erheblich übertreffen.

Eine sich ihrer Verantwortung bewusste Bankleitung kann und darf keine Massnahmen treffen, die die Existenz der Bank zu gefährden geeignet wären und letzten Endes auch die Stellung eines erheblichen Teiles der Angestellten schwer beeinträchtigen müssten.

Bei dieser Sachlage war es für die Bankleitung eine Unmöglichkeit, die weit über das Mass des in Anbetracht aller zu berücksichtigenden Umstände Gewährbaren und des bei anderen Berliner Bankinstituten Beantragten hinausgehenden Forderungen der Angestellten zu bewilligen.

So sind wir zu unserem grossen Bedauern nicht in der Lage, den uns aufgenötigten Streik abzuwenden, und richten an unsere Kundschaft die Bitte, in dieser für die Bank schweren Zeit ihr Verständnis entgegenzubringen.

Die uns von den nachbenannten Banken zur Verminderung der schweren Schädigung des Wirtschaftslebens gewährte Unterstützung soll uns in die Lage versetzen — ohne dass wir eine diesbezügliche Verpflichtung anerkennen können — Massnahmen zu treffen, um die aus dem Streik sich für unsere Kunden ergebenden Unbequemlichkeiten nach Möglichkeit abzuschwächen. Es bedarf keiner näheren Begründung, dass diese Hilfe sich nur auf die allerdringendsten bankgeschäftlichen Funktionen wie Lohn- und Gehaltszahlungen, notwendigen Haushaltsbedarf, Ablieferung von Geldeingängen etc. erstrecken kann und dass wir selbst in diesem Rahmen keine Verpflichtung für die Durchführung eines jeden uns zugehenden Auftrages übernehmen können, wenn wir uns auch nach Kräften bemühen werden, unseren Geschäftsfreunden zu dienen.

Es sind Hilfsstellen eingerichtet:

für die Kunden unserer Zentrale bei der Disconto-Gesellschaft, Behrenstrasse 42 II, woselbst unsere Direktion zu erreichen ist;

für diejenigen der Depositenkassen nach folgender Aufstellung:

Dep.-Kasse:		
A.	Schinkelplatz 1/2	Dresdner Bank, Haupt-Dep.-Kasse, Französische Str. 35/36.
B.	Charlottenstr. 29/30	Disconto-Gesellschaft, Kronenstr. 34.
C.	Victoria Luise-Platz 6	Commerz- u. Disconto-Bank, Dep.-Kasse MN, Victoria Luise-Platz 1.
D.	Halensee-Grunewald, Hohenzollernstr. 1	Commerz- u. Disconto-Bank, Dep.-Kasse KL, Halensee, Kurfürstendamm 130.
E.	Schillstr. 7	Deutsche Bank, Dep.-Kasse M, Kurfürstenstrasse 115.
F.	Jerusalmerstr. 19/20	Mitteldeutsche Creditbank, Dep.-Kasse Q, Jerusalemerstr. 23.
G.	Ritterstr. 81	Mitteldeutsche Creditbank, Dep.-Kasse H, Ritterstr. 36.
H.	Charlottenburg, Berlinerstr. 142	Mitteldeutsche Creditbank, Dep.-Kasse E, Charlottenburg, Berlinerstr. 54.
J.	Schönhauser Allee 145	Dresdner Bank, Dep.-Kass X, Schönhauser Allee 144.
K.	Frankfurter Allee 57	Commerz- u. Disconto-Bank, Dep.-Kasse T, Frankfurter Allee 3.
L.	Unter den Linden 54/55	Disconto-Gesellschaft, Unter den Linden 11.
M.	Chausseestr. 22	Commerz- u. Disconto-Bank, Dep.-Kasse F, Chausseestr. 117.
N.	Königstr. 25/26	Deutsche Bank, Dep.-Kasse G, Königstrasse 41/42.
O.	Köpenickerstr. 110	Mitteldeutsche Creditbank, Dep.-Kasse L, Köpenickerstr. 126.
P.	Kurfürstendamm 26a, Ecke Fasanenstr.	Nationalbank für Deutschland, Kurfürstendamm 211.
Q.	Lichterfelde-West, Karlstr. 1/2	Dresdner Bank, Dep.-Kasse A II, Karlstr. 114.
R.	Zehlendorf (Wannseebahn) Hauptstr. 1	Dresdner Bank, Dep.-Kasse U II, Hauptstrasse 7.
S.	Friedrichstr. 46	Deutsche Bank, Dep.-Kasse PQ, Friedrichstrasse 209.
T.	Turmstr. 33	Dresdner Bank, Dep.-Kasse O, Turmstr. 27.
U.	Potsdamerstr. 16	Disconto-Gesellschaft, Potsdamerstr. 129/30.
V.	An der Spandauer Brücke 1	Deutsche Bank, Dep.-Kasse B, Hackescher Markt.
W.	Potsdamerstr. 56	Commerz- u. Disconto-Bank, Dep.-Kasse HJ, Potsdamerstr. 97.
X.	Hohenzollerndamm 206	Nationalbank für Deutschland, Kaiser-Allee 200.
Y.	Belle-Alliance-Platz 6	Mitteldeutsche Creditbank, Dep.-Kasse B, Belle-Alliance-Platz 17.
Z.	Skalitzerstr. 135	Deutsche Bank, Dep.-Kasse T, Dresdenerstrasse 2.
AB.	Charlottenburg-Westend, Reichskanzler-Platz 3	Disconto-Gesellschaft, Reichskanzler-Platz 1.
BC.	Bayerischer Platz	Deutsche Bank, Dep.-Kasse ST, Bayerischer Platz 2.
CD.	Beuthstr. 1	Nationalbank für Deutschland, Kommandantenstr. 12/13.
DE.	Kurfürstendamm 52 Ecke Schlüterstr.	Deutsche Bank, Dep.-Kasse KL, Kurfürstendamm 188/89.
EF.	Zehlendorf (Wannseebahn), Seestr. 53	Dresdner Bank, Dep.-Kasse U II, Zehlendorf, Hauptstr. 7.

Berlin, den 7. April 1919.

Direktion der Bank für Handel und Industrie.

Im Anschluss an obige Mitteilung der Direktion der Bank für Handel und Industrie erklären die unterzeichneten im Verband Berliner Bankleitungen vereinigten Institute, dass sie die an die Bank für Handel und Industrie gestellten Forderungen in allen Einzelheiten der Entwicklung verfolgt und die Ueberzeugung gewonnen haben, dass die Direktion mit ihren Zugeständnissen allen berechtigten Forderungen ihrer Angestellten entsprochen hat und daher die weitergehenden Forderungen abzulehnen gezwungen war.

Berlin, den 7. April 1919.

Commerz- und Disconto-Bank. **Deutsche Bank.**

Direction der Disconto-Gesellschaft. **Dresdner Bank.** **Mitteldeutsche Creditbank.**

Nationalbank für Deutschland.

Nr. 169.
8 April 1919.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Beiblatt.
Morgen-Ausgabe.

Frankreichs und Belgiens Ersatzansprüche.

Die Reichsentschädigungskommission ist von der Reichsleitung mit den Ermittlungen betraut, welche Kriegsschäden das Deutsche Reich in den besetzt gewesenen Gebieten voraussichtlich zu vertreten haben wird. Ihr Präsident, der Geheime Justizrat Dr. Hickmann gab heute den Pressevertretern einen Ueberblick über die Arbeit.

Die Kommission war seit 1915 damit befaßt, die Rechtsverhältnisse für die Güter festzustellen, welche namens des Deutschen Reiches in den besetzten Gebieten für die Heimat beschlagnahmt worden waren, und auch Entschädigung für sie zu gewähren. In weiterer Folge wurde sie im Jahre 1917 betraut, statistisch Art, Menge und Wert aller dieser Güter genau zu ermitteln und ferner die Schäden festzustellen, welche in Belgien und Frankreich entstanden, als sich die deutsche Regierung gezwungen sah, dort zur Deckung des heimischen Eisenbedarfs industrielle Anlagen ganz oder teilweise niederzulegen. Für die sehr wichtigen Schadensgebiete der Beschlagnahmen und Niederlegungen verfügt deshalb die Behörde bereits über ein sehr genaues, der Nachprüfung fähiges Zahlenmaterial. Wegen ihrer allgemeinen Erfahrungen und wegen ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse wurde sie sogleich bei Abschluß des Waffenstillstandes beauftragt, ihre Ermittlungen auf die sonstigen Schäden auszudehnen. Mit Unterstützung durch Sachverständige von anerkanntem Ruf ist bei ihr fieberhaft an dieser Aufgabe gearbeitet worden und zwar im engsten Zusammenwirken mit allen Stellen der Obersten Heeresleitung, des Großen Generalstabes, des Kriegsministeriums, des Reichsmarineamtes, der Generalgouvernements und aller sonstigen Behörden und Organe, die irgendwie an den militärischen Maßnahmen, an der Verwaltung oder an wirtschaftlichen Maßnahmen in den besetzten Gebieten beteiligt gewesen sind. Alle einschlägigen Akten, Berichte, Denkschriften, sowie die deutsche und französische Literatur werden durchforscht, die feindliche und neutrale Presse wird genau verfolgt, die erreichbaren Personen, welche als Offiziere, Beamte, Sachverständige oder Verwalter in verantwortlicher Stellung gewesen sind, oder sonst über genauere Kenntnisse verfügen, werden mündlich oder schriftlich gehört, die Aufnahmen der Flieger werden zusammengestellt und in Karten ausgewertet, um urkundliche Unterlagen über die Zerstörungen zuschaffen. Oberster Grundsatz ist, mit unbedingter Sachlichkeit ein unverfälschtes und ungefärbtes Tatsachenmaterial zusammenzutragen und danach durch berufene Sachverständige die Berechnungen aufzustellen.

Wir wollen die übernommenen Verpflichtungen ohne Winkelzüge ehrlich erfüllen, aber wir wollen und können uns wahren gegen jeden unberechtigten Anspruch. Die unerschütterliche Grundlage für die Friedensverhandlungen dürfen nur die 14 Punkte Wilsons und die Note Lansings sein; nur nach beiderseitiger Annahme dieser Bedingungen haben wir, und zwar unter ungeheuren Opfern, die besetzten Gebiete geräumt, uns zu weiterem Widerstande selbst wehrlos gemacht, uns also in die Hand unserer Feinde gegeben. Keine weitere Bedingung kann uns einseitig auferlegt werden. Wir haben uns danach verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, welcher der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete und ihrem Eigentum durch unsern Angriff zu Lande, zu Wasser oder aus der Luft zugefügt ist. Schäden, welche die feindlichen Heere an Menschen oder Material oder das feindliche Staatsvermögen erlitten haben, fallen also nicht darunter. Als besetzt gewesen kann nur gelten, was längere Zeit in unserem Besitze gewesen und befreit oder geräumt worden ist. Der Schaden muß ferner unmittelbar von Deutschland zugefügt sein. Auch die Vereinigten Staaten haben im Alabama-Fall auf den Ersatz jedes nur mittelbaren Schadens verzichten müssen; ebenso hat England bei Regelung der Schäden aus dem Burenkriege an diesem im Völkerrecht anerkannten Grundsatz festgehalten. Die Einbeziehung des mittelbaren Schadens würde, wie es mit Recht in der hier vergleichsweise angeführten Denkschrift zum französischen innerstaatlichen Entschädigungsgesetz heißt, „zu unmöglichen und törichten Ergebnissen führen." Zum mittelbaren Schaden gehört vor allem der entgangene Gewinn.

Die Berechnung der Schäden erfolgt nach dem Wert, den das Schadenobjekt unter Berücksichtigung seines Zustandes vor Kriegsausbruch gehabt hat. Diesen Friedenswert haben auch Frankreich, Belgien und Italien als den allein sicheren Ausgangspunkt für ihre innerstaatlichen Entschädigungen angenommen. Zu diesen Beträgen treten die Aufwendungen hinzu, um die sich gegenwärtig oder in nächster Zeit die Wiederherstellung verteuern wird. Berechnet wird der Schaden, der dem Volke erwachsen ist; hierbei wird, da die deutsche Besatzung nicht nur Nachteile im Gefolge gehabt hat, auch der Vorteil berücksichtigt, der der feindlichen Bevölkerung erwachsen ist. Die Berechnungen gliedern sich in solche auf allgemeiner volkswirtschaftlicher Grundlage und in solche nach einzelnen Schadensgruppen, welche die entscheidenden Wertträger des Volksvermögens oder die wichtigsten Schaden stiftenden Maßnahmen betreffen. Wenn unsere Feinde jetzt in geradezu ungeheuerlichen Zahlen schwelgen, so zeigen sie nicht nur, daß sie in ihrer ungehemmten Raublust das Verständnis für den Wert einer Milliarde, sondern daß sie auch die Erinnerung an ihre eigenen, zum Teil ausgezeichneten, amtlichen Statistiken vergessen haben. Wenn der Minister Lebrun in seiner Rede vom 15. Februar 1919 verlangt, daß Deutschland 950 000 Stück Rindvieh zurückliefern soll, so übersieht er, daß nach der französischen Statistik diesseits der Stellungen bei Ausbruch des Krieges bestenfalls überhaupt nur 697 000 Stück gestanden haben, ganz abgesehen, daß nicht entfernt diese Stückzahl infolge deutscher Maßnahmen verloren gegangen ist. Der Abgeordnete Dubois, dessen Zahlenangaben trotz seiner Eigenschaft als Berichterstatter der Kammer stets übertrieben sind, nahm in seine am 11. März der Kammer vorgetragene Rechnung von „vorläufig" 120 Milliarden Frank beispielsweise getrost 2½ Milliarden Franks für entgangene Steuern auf. Bei den von Herrn Dutrey im „Journal" veröffentlichten Berechnungen werden schlankweg für die neun von der Besetzung betroffenen französischen Departements die Gesamtzahlen eingesetzt, obwohl tatsächlich nur eine Departement ganz besetzt gewesen ist. Diese großzügige Berechnung rechtfertigt denn auch eine Mehrforderung, die allein für den unbebauten Grund und Boden 3 Milliarden, für den bebauten Grund und Boden 2½ Milliarden ausmacht. Bei Berechnung seiner Waldschäden legt der Feind so phantastische Werte zugrunde, als wenn aus jedem Stück Astholz Faßdauben, Parkettplatten und Möbel hergestellt würden oder als wenn es sich durchweg um ausgesuchtes Material für die Holzbildhauerei handelte. Für Roubaix wird behauptet, daß wir dort bis Ende April 1917 für 25 Millionen Franks Baumwolle, für 275 Millionen Franks Wolle, für 106 Millionen Franks Gewebe beschlagnahmt hätten. Erwiesenermaßen haben wir daselbst insgesamt bis Kriegsende für 24 Millionen Baumwolle, für 100 Millionen Franks Wolle, für 42 Millionen Gewebe beschlagnahmt. Die Franzosen unterdrücken eben, daß ihre eigene Bevölkerung, die genau wie die deutsche unter der Blockade gelitten hat, sich auch von den Vorräten gekleidet, und daß die Fabrikanten und Händler sehr große Mengen gegen bares Geld an die Deutschen verkauft oder nach Belgien geschmuggelt haben.

Bei Prüfung der Schäden, welche Kunst und Wissenschaft erlitten haben, hat die Reichsentschädigungskommission besondere Aufmerksamkeit der Universität Löwen gewidmet, die bei ihrem von uns selbst tief bedauerlichen Brande ihre Bibliothek verloren hat. Man hat in der feindlichen Presse nicht genug Aufhebens von den unersetzlichen Bücherschätzen und von den zahllosen Wiegendrucken und Handschriften machen können. Alle diese wirklichen Schätze hat aber, wie nun festgestellt ist, gar nicht der Deutsche zerstört, sondern der Franzose 1795 nach sorgfältiger Auswahl nach Paris entführt; nur ein Teil ist später an die Bibliothek in Brüssel zurückgegeben worden, wo er sich noch heute befindet. Die edlen Franzosen werden es sich gewiß nicht nehmen lassen, der Universität Löwen jetzt endlich das geraubte Gut zurückzustellen. Unter den 1914 verbrannten Büchern und Handschriften hat sich kein einziges von besonderem Wert befunden, geschweige denn, daß ein einziges darunter gewesen wäre, das als unersetzlich bezeichnet werden könnte. Der Gesamtschaden kann noch nicht auf 5/4 Millionen beziffert werden. Unsere Unterhändler werden also mit einem guten und zuverlässigen Material zu den Verhandlungen reisen können; sie werden über die Milliardengewinne der angeblich so schwer geschädigten belgischen Landwirte ebenso genau unterrichtet sein wie über die wirklich vom Deutschen Reich zu vertretenden Schäden. Wenn einzelne unserer Feinde aber glauben, unter feiger Ausnutzung unserer vertraglich herbeigeführten Wehrlosigkeit aus der für uns unglücklichen Entwicklung der Verhältnisse Nutzen ziehen und sich über die Vertragsgrundlagen hinwegsetzen zu können, so wollen wir vertrauen, daß Wilson, der oberste Vertreter eines durch Nationalstolz und Ehrliebe ausgezeichneten Volkes, an seinem feierlich verkündeten Worte nicht drehen und deuteln lassen wird; als ein Mann, dessen Name Jahrhunderte überdauern soll, kann er nicht erröten wollen wie Kaiser Sigismund.

Das Wahlprüfungsgericht.

Aus dem Verfassungsausschuß.

Weimar, 7. April.

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung bemerkte heute in der 24. Sitzung der Vorsitzende

Abg. Haußmann (Dem.): Das offiziöse Telegraphenbureau habe am 6. April eine offizielle, den Beschlüssen des Verfassungsausschusses gewidmete Erklärung veröffentlicht, die „von den am 29. März 1919 in Stuttgart versammelten Vertretern der Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen" gefaßt und von den Ministerpräsidenten Hoffmann, Blos, Geiß und Ulrich unterzeichnet ist. Der staatsrechtliche Standpunkt und die Form der öffentlichen Erklärung, die in acht Punkten eine Ablehnung der Beschlüsse des Verfassungsausschusses ausspricht, seien nicht unanfechtbar. Manche Wendungen seien überraschend und erleichterten nicht den Zweck, den die Erklärung anstrebt.

Württembergischer Gesandter Hildenbrand erwidert, daß er die Stuttgarter Erklärung im Auftrage der württembergischen Regierung der Reichsregierung, den einzelstaatlichen Regierungen und den Vorständen der Reichstagsfraktionen übermittelt habe. Damit entfallen die Bemerkungen des Vorsitzenden über die Form der Veröffentlichung. Die Presse sei wieder eiliger gewesen als die amtlichen Stellen.

Der Ausschuß setzt sodann mit dem Abschnitt „der Reichstag" die am Sonnabend begonnene Beratung über Art. 47 fort, der bestimmt:

„Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Neuwahlen finden spätestens am 60. Tage, der Zusammentritt spätestens am 90. Tage nach der Auflösung statt."

Abg. Bader (Soz.) beantragt die Formulierung: „Der Reichspräsident kann — nach Zustimmung des Reichsministeriums — den Reichstag auflösen usw." — Abg. Davidsohn (Soz.) beantragt: „Mit Einwilligung des Reichsministeriums". — Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) beantragt die Fassung: „Auf Antrag des Reichsministeriums kann der Reichspräsident den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Spätestens am 30. Tage nach der Auflösung wird der Reichstag von neuem gewählt, spätestens am 10. Tage nach der Neuwahl versammelt er sich."

Der Ausschuß beschließt den ersten Satz des Art. 47 nach Ablehnung der Anträge in der Fassung des Regierungsentwurfs.

Zum zweiten Satz tritt Abg. Dr. Cohn wiederholt für die Verkürzung der Frist von 60 Tagen ein, während der Minister Dr. Preuß und Abg. Dr. v. Delbrück (D.-Nat.) ihm mit aus der Praxis hergenommenen Bedenken widersprechen. Abg. Keil (Soz.) schlägt den Mittelweg von 45 Tagen vor, den Abg. Cohn selbst annimmt. — Mit 14 gegen 13 sozialdemokratischen Stimmen beschließt der Ausschuß auch den zweiten Satz in der Fassung des Regierungsentwurfs.

Art. 48 bestimmt: „Der Reichstag wählt seinen Präsidenten sowie Vizepräsidenten und Schriftführer. Er gibt sich seine Geschäftsordnung."

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) beantragt: „Der Reichstag wählt jedesmal, wenn er sich versammelt, seinen Präsidenten, ferner Vizepräsidenten und Schriftführer. Seine Geschäftsordnung regelt er selbst." — Ein Antrag Gröber (Zentr.) will die Bezeichnung „Präsident" und „Vizepräsident" ersetzen durch „Vorsteher" und „Stellvertretender Vorsteher".

In der Debatte hierüber werden verschiedene Vorschläge gemacht, wie „Obmann", „Vorsitzender", „Sprecher", „Wortführer" usw. während andererseits die Beibehaltung des „Präsidenten" befürwortet wird. Der Ausschuß beschließt die Bezeichnung „Obmann" und „Stellvertreter". Im übrigen wird die Fassung des Entwurfs angenommen.

Art. 49 bestimmt:

Die Sitzungen des Reichstags sind öffentlich. Ueber die Beziehungen des Reichs zu auswärtigen Staaten können in nichtöffentlicher Sitzung Beratungen stattfinden."

Abg. Bader (Soz.) beantragt, den zweiten Satz zu streichen und hinzuzufügen: „auf Antrag von 50 Mitgliedern kann mit Zweidrittelmehrheit der Ausschluß der Oeffentlichkeit beschlossen werden." — Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) beantragt die Fassung: „Der Reichstag verhandelt öffentlich; Ausnahmen kann er beschließen, wenn es mindestens ein Drittel der anwesenden Abgeordneten beantragt."

Die beiden Referenten Abgg. Schultz (Deutschnat.) und Dr. Cohn (U. Soz.) betonen die Notwendigkeit, unter Umständen die Oeffentlichkeit der Reichstagsverhandlungen auszuschließen, z. B. aus sittlichen Gründen, wie bei der lex Heinze oder aus wirtschaftlichen Gründen, wie es einmal wünschenswert war, um zur Verhinderung von Börsenspekulationen einen Beschluß in der Kaligesetzgebung nicht vorzeitig bekannt werden zu lassen.

Reichsminister Dr. Preuß kann abgesehen von Verhandlungen über die auswärtige Politik eine Notwendigkeit für weitere Ausnahmen von der Oeffentlichkeit nicht anerkennen. Der Reichstag schöpfe seine Kraft aus den öffentlichen Verhandlungen. Es empfehle sich daher, die Beschränkung der Oeffentlichkeit möglichst einzuschränken.

Abg. Davidsohn (Soz.) hält den Antrag Cohn für zu weitgehend, weil sonst einzelne Fraktionen nach ihrem Interesse einen Ausschluß der Oeffentlichkeit erzwingen könnten. Deshalb empfehle sich der Antrag Bader.

Abg. D. Kahl (D. Vp.) stimmt dem Antrage Cohn zu und wirft die grundsätzliche Frage auf, ob auch die Mitglieder in den Ausschüssen die Immunität genießen.

Der Vorsitzende Haußmann und Minister Dr. Preuß erklären die Immunität der Ausschußmitglieder für unzweifelhaft.

Abg. Dr. Zöphel (Dem.) will an der Oeffentlichkeit nach Möglichkeit festgehalten wissen, da darin das einzige Korrektiv gegen eine Korruption durch Parteikonstellationen liege.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) ändert seinen Antrag dahin, daß statt „ein Drittel" gesagt wird „mindestens 50 Mitglieder".

Art. 49 wird mit dem Antrag Bader angenommen.

Art. 50 bestimmt: „Dem Präsidenten des Reichstags untersteht die Hausverwaltung. Er verfügt über die Einnahmen und Ausgaben des Hauses nach Maßgabe des Reichshaushalts und vertritt das Reich in allen Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten, die die Verwaltung betreffen. Zwischen zwei Sitzungsperioden des Reichstags werden die Verwaltungsgeschäfte von dem letzten Präsidenten, zwischen zwei Wahlperioden vom Reichsminister des Innern weitergeführt.

Die Abgg. Dr. v. Delbrück (Deutschnat.) und Dr. Heinze (D. Vp.) beantragen, auch zwischen zwei Wahlperioden die Weiterführung der Geschäfte dem Präsidenten (nicht dem Minister) zu übertragen.

Abg. Gröber (Zentr.) beantragt: „Zwischen zwei Sitzungsperioden oder Wahlperioden führen Präsident und Vizepräsident der letzten Tagung ihre Geschäfte fort."

Abg. Bader (Soz.) beantragt, die Hausverwaltung und die finanzielle Verwaltung dem Präsidium zu unterstellen, dem Präsidenten dagegen die Weiterführung der Geschäfte zwischen zwei Wahlperioden.

Im Laufe der Erörterungen über die inneren Verwaltungsangelegenheiten des Reichstags, über die sich besonders der Abgeordnete Gröber (Zentr.) bezüglich der Aufstellung des Etats für den Reichstag und der Ausübung der Polizeigewalt innerhalb des Reichstags äußerte, beantragt dieser, daß der Etat künftig nicht mehr vom Reichsamt des Innern, sondern vom Reichstag selbst aufgestellt und ferner bestimmt wird, daß die Polizeigewalt innerhalb des Reichstags dem Präsidenten zukommt.

Minister des Innern Dr. Preuß stellt es vollkommen anheim, daß der Reichstagsetat in Zukunft vom Reichstag selbst aufgestellt wird. In der Praxis trete nur die Aenderung ein, daß nicht mehr das Ministerium, sondern das Reichspräsidium mit dem Reichsschatzamt darüber verhandelt.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) beantragt, daß der Präsident auch das Hausrecht ausübt, zieht dies aber zugunsten des Antrags Gröber zurück; ferner soll die Befugnis bezüglich des Etats dem Präsidenten zusammen mit dem Vizepräsidenten und den Schriftführern übertragen werden.

Abg. Haußmann (Dem.) wendet sich entschieden gegen den Antrag Bader, wonach gewisse Befugnisse des Präsidenten dem gesamten Präsidium übertragen werden.

Art. 50 wird unter Ablehnung aller anderen Anträge in der Fassung des Entwurfs mit den Abänderungen nach den Anträgen Gröber angenommen.

Art. 51 enthält die Bestimmungen über die Wahlprüfungen. Nach der Vorlage wird hierfür beim Reichstag ein Wahlprüfungsgericht gebildet aus Mitgliedern des Reichstags und aus Mitgliedern des Reichsverwaltungsgerichts oder bis zu dessen Errichtung des Reichsgerichts. Das Wahlprüfungsgericht erkennt auf Grund öffentlicher mündlicher Verhandlung in der Besetzung durch drei Mitglieder des Reichstags und zwei richterlicher Mitgliedern. Die Durchführung des Verfahrens außerhalb der Verhandlungen vor dem Wahlprüfungsgericht liegt einem vom Reichspräsidenten zu ernennenden Reichskommissar ob.

Abg. Dr. Spahn (Ztr.) beantragt lediglich die Fassung: „Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber."

Abg. Gröber (Zentr.) beantragt, dasselbe mit dem Zusatz: „Zu diesem Zweck kann der Reichstag von den Staatsbehörden unmittelbar Auskunft verlangen und die Amtsgerichte um Zeugenvernehmungen, auch eidliche, ersuchen."

Die Abgg. Dr. v. Delbrück (dnatl.) und Dr. Heinze (D. Vp.) beantragen die Wahlprüfungen durch das Reichsverwaltungsgericht, bis zu dessen Errichtung durch den Reichstag selbst.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) beantragt die Wahlprüfung durch den Reichstag, der zu diesem Zweck von den Behörden und Gerichten Auskunft und Zeugenvernehmungen verlangen kann. Das Nähere soll das Reichswahlgesetz bestimmen.

Abg. Bader (Soz.) beantragt, den Reichskommissar nicht durch den Präsidenten, sondern durch das Wahlprüfungsgericht ernennen zu lassen.

Abg. Schultz (Dnatl.) weist in seinem Referat darauf hin, daß die Wahlprüfungen durch den Reichstag bisher sehr schleppend gewesen sind. Deshalb empfehle sich der Vorschlag des Entwurfs, ein Wahlprüfungsgericht einzusetzen, das außerhalb des Reichstags stehe und unbefangen urteilen werde. Man müsse aber noch darüber hinaus gehen und die Wahlprüfungen ganz aus dem Reichstag herausheben und allein dem Gerichtshof überlassen.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) erklärt, durch ein Wahlprüfungsgericht werde die Würde des Parlaments herabgedrückt.

Minister Dr. Preuß hält es nicht für eine Herabdrückung des souveränen Parlaments, wenn es sich dem Recht, dem Richterspruch unterwerfe, denn es handle sich um die Wahrung des Rechtsstaats in der Demokratie. Der Reichstag könne auf diese richterliche Funktion verzichten, die er als rein politische Körperschaft nicht erfüllen könne. Gewiß hätten die Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses nach dem Recht gesucht, aber doch hierüber die Auffassung gewonnen, die ihrer Partei entsprach. Sie seien auch in den Wahlprüfungsausschuß als Mitglieder ihrer Parteien delegiert. Der Vorschlag des Entwurfs sei ein Vorteil für den Reichstag und für die Lauterkeit und Klarheit der Entscheidung.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.) erklärt sich dagegen, daß der Reichstag auf das wichtige Recht der eigenen Wahlprüfung verzichte.

Abg. Gröber (Zentr.) sieht in dem Vorschlag des Entwurfs einen Rückschritt gegenüber dem Reichstag, gegenüber den Behörden und gegenüber der Behandlung der einschlägigen gesetzgeberischen Fragen. Daß lediglich eine geschlossene Abstimmung der Parteien nach Parteistandpunkt stattgefunden habe, sei nicht richtig.

Abg. Dr. Quarck (Soz.) macht darauf aufmerksam, daß das Wahlprüfungsgericht nach dem Entwurf „beim Reichstag" errichtet werden solle, das heißt, als Hilfsorgan des Reichstages. Damit entfielen alle Hinweise auf die Degradierung des Reichstags. Seine Partei stimme für den Entwurf mit der geringen, vom Abg. Bader beantragten Aenderung.

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.): Wenn es sich um Rechtsfragen handele, könne nur ein unparteiischer Gerichtshof entscheiden. In dem Wahlprüfungsgericht der Vorlage sollten aber auch Mitglieder des Reichstages, also politisch interessierte Männer, sitzen; es müsse ein vollkommen unparteiischer Gerichtshof sein, also das Reichsverwaltungsgericht.

Abg. Fischer-Berlin (Sozd.) will die Entscheidung nicht aus den Händen des Reichstags geben. Er hofft, daß die politische Umwälzung und die Erziehung des Volkes Wahlbeeinflussungen, wie sie früher vorkamen, unmöglich machen, aber der Reichstag müsse selbst über die Wahlen entscheiden.

Abg. Koch, Cassel (Dem.) sieht es als eine Veredelung des Verfahrens an, wenn ein Rechtsspruch herbeigeführt werde und die Entscheidung des Plenums dem Reichstag abgenommen werde, das dazu gar nicht geeignet sei. Seine Partei sei daher im wesentlichen mit dem Entwurf einverstandn; die Verhältniswahl habe nichts geändert.

Die Abgg. Dr. v. Delbrück und Heinze beantragen, nach dem Zusatz, daß bis zur Errichtung des Reichsverwaltungsgerichts der Reichstag selbst die Wahlen prüft. Abg. Heinze begründet dies damit, daß nicht das Reichsgericht damit belastet werden soll.

Minister Dr. Preuß erklärt sich hiergegen. Wenn die Verfassung in Kraft trete, müsse auch sofort das neue Verfahren eintreten und nicht erst ein Provisorium geschaffen werden.

Artikel 51 wird nach Ablehnung aller anderen Anträge in der Fassung des Entwurfes nur mit der Aenderung angenommen, daß der Reichskommissar nicht vom Reichspräsidenten, sondern vom Wahlprüfungsgericht ernannt wird.

Artikel 52 bestimmt die Beschlußfähigkeit des Reichstages bei der Teilnahme von mindestens der Hälfte der Mitgliederzahl und die einfache Stimmenmehrheit für die Beschlußfassung, sofern die Reichsverfassung nicht ein anderes Stimmverhältnis vorschreibt.

Ein Antrag des Abg. Dr. Cohn (U.-Soz.) verlangt die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten, nicht nur bei den Abstimmungen, sondern auch bei den Verhandlungen.

Nachdem Minister Dr. Preuß sich gegen diesen Antrag ausgesprochen hat, wird dieser Antrag abgelehnt und Artikel 52 nach dem Entwurf angeommen.

Artikel 53 bestimmt: „Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen. Der Reichstag hta das Recht, Gesetze vorzuschlagen."

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) beantragt die Fassung: „Der Reichstag gibt die Reichsgesetze und hebt sie auf." Darin sei das Recht des Reichstages zur Initiative mit einbegriffen. Er beantragt weiter, diesen Artikel und einige weitere, auch das Referendum, in einem besonderen Abschnitt „Gesetzgebung" zusammenzufassen. Er beantragt, zu diesem Zweck die Sitzung abzubrechen, weil in der späten Stunde darüber nicht mehr verhandelt werden könne.

Vorsitzender Haußmann ist entschieden hiergegen, da vor Ostern noch möglichst viel erledigt werden müsse, damit die unentbehrliche öffentliche Kritik einsetzen könne.

Minister Dr. Preuß bemerkt, daß durch Artikel 53 der Frage des Initiativreferendums nicht vorgebeugt und dieser Artikel beschlossen werden könne, der auf jeden Fall bestehen bleiben müsse. Am Schluß der ganzen Beratung werde über die Systematik des Entwurfes besonders zu verhandeln sein.

In der weiteren Erörterung legt Abg. Dr. Quarck aus politischen Gründen Wert darauf, daß das Referendum noch vor Ostern behandelt werde.

Abg. Koch-Cassel (Dem.) stimmt diesem Wunsche zu und beantragt zu Artikel 53 die Fassung „Der Reichstag beschließt über die Gesetzesvorlagen".

Mit dieser Aenderung wird Artikel 53 angenommen. Gegen ½9 Uhr vertagt der Ausschuß die Weiterberatung auf Dienstag 9 Uhr.

Hauptausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft. Der Lebensmittelhandel und das Nahrungsmittelgewerbe rüsten sich zum energischen Widerstande. Um allen, die freie Nahrungsmittelwirtschaft bedrohenden Maßnahmen, wie sie seitens der Regierung und der Städte ausgeübt und geplant werden, einen energischen Widerstand entgegensetzen zu können, hat sich der „Hauptausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft" gebildet, dem sich bereits nahezu alle großen und ausschlaggebenden Verbände der Nahrungsmittelbranche angeschlossen haben. Mit der Leitung der Bewegung wurde Herr Generalsekretär Carl Müller, Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 36, betraut. Alle Anfragen und ganz besonders alle Mitteilungen über drohende Kommunalisierungsabsichten der privaten Nahrungsmittelwirtschaft sind an diese Stelle zu richten. Die erste Tagung des Hauptausschusses findet bereits auf der nächsten Leipziger Messe statt. Große Kundgebungen sind geplant.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Reichsfinanzen und Kriegsanleihe.

In der neuesten Nummer der Zeitschrift „Der Sozialist" befasst sich der Bankier Hugo Simon, der nach Ausbruch der Revolution eine Zeitlang als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie preussischer Finanzminister gewesen ist, mit dem Problem der Kriegsanleihen, und er kommt dabei zu folgendem Standpunkt:

Der Wunsch der linksstehenden Massen nach Annullierung der Kriegsanleihe erscheine bei oberflächlicher Betrachtung vernünftig, weil er auf der Vorstellung beruhe, dass die Kriegsanleihe die angesammelten Kriegsgewinne darstelle. Wir müssen uns aber fragen, ob die Annullierung der Kriegsanleihe zur Ordnung unserer finanziellen Lage das geeignete Mittel ist. Die Umlaufhöhe der Kriegsanleihen und Reichsschatzanleihen beträgt etwa 85 bis 90 Milliarden Mark. Nach dem Reichsstatistischen Jahrbuch für 1918 sind von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung in Anleihen des Reiches und der Bundesstaaten über 36 % angelegt, in den Jahren 1917 und 1918 dürften es etwa 40 % sein. Niedrig geschätzt wird der Besitz der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungen, der Sparkassen, der Angestellten- und Unfallversicherungen 10 Milliarden Mark Anleihe betragen; die gleiche Summe dürfte sich in den Händen kleinerer Sparer befinden. Das ergibt im ganzen 20 Milliarden, d. h. ¼ bis ⅕ der gesamten Kriegsanleihezeichnungen. Die gleichen Kreise haben ausserdem Zeichnungen bei Banken und Postanstalten vorgenommen, so dass sich eine Beteiligung des gesamten kleinen Kapitals von 40—50 % ergäbe. Wenn, wie von anderer Seite vorgeschlagen wurde, der Staat allen denjenigen, die nachweisen, dass sie von den Zinsen ihrer Ersparnisse leben müssen, lebenslängliche Zinszahlung gewährt, so wären also bis 50 % der Kriegsanleihen von der Annullierung nicht betroffen. Die Reste der Anleihen befinden sich in Händen von Banken, Grossindustriellen und Kaufleuten. Die Kaufleute werden zum Füllen ihrer leeren Speicher ihre Kriegsanleihe als Zahlungsmittel notwendig brauchen. Ebenso sind die Grossindustriellen darauf angewiesen, ihre in Kriegsanleihen angelegten Gelder zum Einkauf von Rohstoffen flüssig zu machen. Würde der Kriegsanleihebesitz dieser Kreise annulliert, so würden diesen die finanziellen Fundamente für ihre Arbeit entzogen und der Bankerott die Folge sein. Das hiesse Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens. Diese Gefahr wäre um so grösser, je geringer der Prozentsatz der Kriegsanleihe wäre, die sich in Händen Minderbemittelter befindet. Je mehr die Kriegsanleihe Zahlungsmittel ist, um so weniger darf sie dem Verkehr plötzlich entzogen werden. Will man aber vom sozialistischen Standpunkt aus den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft herbeiführen, so bedeutet die Annullierung der Kriegsanleihe eine Halbheit. Es müssten dann auch alle anderen Umlaufmittel und Werte, wie Bargeld, Juwelen usw., beschlagnahmt werden. Das würde allerdings bei uns viel katastrophaler wirken als beispielsweise in Russland. Denn in Russland, das vorwiegend Agrarstaat ist, konnten bei Eintritt einer Produktionsstockung grosse Massen von Arbeitern auf das Land abwandern. Bei uns werden dagegen viele Millionen in Handel und Industrie beschäftigt; Lebensmittel und Rohstoffe müssen eingeführt werden im Austausch gegen Industrieerzeugnisse. Tritt eine Produktionsstockung ein, so können wir Millionen von Menschen nicht mehr ernähren. Von kommunistischer Seite ist eingewendet worden, dass der Staat an Stelle der Kriegsanleihe die Kredite gewähren würde, die zur Produktion nötig sind. Dadurch würde jedoch unser Notenumlauf noch bedeutend vermehrt werden und unsere Valuta im Auslande weiter sinken. — Nicht einzelne Vermögenswerte darf man herausgreifen, soll dem Staat zur Ordnung seiner Finanzen verholfen werden. Nur eine Registrierung sämtlicher Vermögenswerte hätte zu Beginn der Revolution die Möglichkeit geboten, Vermögensenteignungen in jeder Höhe vorzunehmen. Ohne dass der Wirtschaftsprozess durchbrochen worden wäre, hätte alsdann jeder nach Mass seines Vermögens an der Last des Staates beteiligt werden können. Auch diese Methode zum Abbau unserer Staatsschulden muss jedoch versagen, wenn die Forderungen der Entente unsere Leistungsfähigkeit übersteigen. Doch nicht wir allein, auch die anderen an dem Kriege beteiligten Staaten stehen vor schweren Finanzproblemen. Ihre Lösung wird nur durch ernste, wirklich sozialistische Taten, bei uns wie in den Ländern der Entente, gefunden werden können. G. S.

Deutsche Volkswirtschaft.

Neugründungen. In Eisenach ist die Erste Stapelfaserfabrik für Volksbekleidung Akt.-Ges. mit 1 Million Mark Kapital gegründet worden. In der Verwaltung ist die bekannte Textilindustriellen-Familie Stöhr vertreten, insbesondere gehört Geheimer Kommerzienrat Eduard Stöhr dem Unternehmen als Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender an; er ist zugleich Aufsichtsratsmitglied der Kammgarnspinnerei Stöhr & Co. in Leipzig. Die neue Gesellschaft bezweckt Anlage, Erwerb und Betrieb von Fabriken zur Herstellung von Stapelfaser und damit zusammenhängender Geschäftszweige sowie die Beteiligung an solchen Unternehmen. In Personalunion mit diesem Unternehmen ist ferner in Eisenach die „Sta-Ge" Akt.-Ges. gegründet worden zwecks Anlage einer Fabrik zur Herstellung von Stapelfaser und damit zusammenhängender Geschäftszweige in Verbindung mit der Errichtung einer Versuchsanstalt für wissenschaftliche Erforschung und praktische Prüfung der Stapelfaser sowie sozialer Neuerungen in bezug auf Gewinn- und Kontrollbeteiligung der Arbeiter und Angestellten, Verwertung der Ergebnisse dieser Forschungen und Prüfungen und Regelung der Ausgabe und des Umlaufs von Arbeiteraktien der Ersten Stapelfaserfabrik für Volksbekleidung, Aktiengesellschaft in Eisenach und sich anschliessender Gesellschaften. Das Grundkapital beträgt 300 000 ℳ. — In Schweinfurt wurde die bisherige Zweigniederlassung der Akt.-Ges. Silesia, Verein chemischer Fabriken in Lassan bei Saarau in eine G. m. b. H. unter der Firma Chemische Fabrik Schweinfurt G. m. b. H. eingebracht mit 500 000 ℳ Stammkapital.

Leopold Steinthal †. Direktor Steinthal ist im Alter von 70 Jahren nach kurzer Krankheit in Rotterdam verstorben. Der Dahingeschiedene war 1877 in den damals errichteten Berliner Maklerverein als Prokurist eingetreten. Seit 1880 ist er Direktor dieses Instituts. Er war eine Persönlichkeit von ausserordentlich grosser Arbeitskraft, die er mit voller Hingabe vielen gewerblichen Unternehmungen und gemeinnützigen Einrichtungen zur Verfügung stellte. Er war Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berlin-Oberspree, Terrain- und Baugesellschaft, der Terraingesellschaft Frankfurter Chaussee und der Wilmersdorfer Terrain Rheingau A.-G. Ferner war er Begründer und Aufsichtsratsvorsitzender der Kolonialbank und der Haasenstein & Vogler A.-G. Unter den industriellen Unternehmungen, in deren Aufsichtsrat er gewirkt hat, sind die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G und das Eisenhüttenwerk Thale zu nennen.

Zur Depositenhäufung an der dänischen Grenze, auf die wir bereits mehrfach hinwiesen, liegt nunmehr wieder eine Illustration vor in Gestalt der Jahresbilanz der Tönder Landmannsbank. Bei diesem Institut beträgt das Aktienkapital nur 700 000 ℳ, die Depositen dagegen sind nahezu zwanzigmal so gross, nämlich 13 294 047 ℳ. Allein im Jahre 1918 betrug der Zugang 3 697 425 ℳ. Ausserdem betragen die laufenden Kreditoren 5,09 Millionen Mark (i. V. 4,55 Millionen Mark). Die Bank hat den grössten Teil dieser unnatürlichen, aufgepfropften Gelder in „Darlehen" angelegt, die mit 15,25 Millionen Mark (11,41 Millionen Mark) in der Bilanz erscheinen; über Qualität und Laufzeit dieser Darlehen besagt die Bilanz jedoch nichts.

Reichswollbedarf-Akt.-Ges. in Berlin. Die Kriegswollbedarf-Akt.-Ges. hat eine ausserordentliche Generalversammlung zum 25. April einberufen, um die Firma wie oben abzuändern. Ausserdem wird die Zulässigkeit der Gewährung von Vergütungen an die Mitglieder des Vorstandes und die Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern beantragt.

Aktiengesellschaften.

Die gestrige ausserordentliche Generalversammlung der Metallgesellschaft, Frankfurt a. M. beschloss die Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von 3 Millionen Mark Aktien, die am Reingewinn bis zu 5 % vorzugsweise beteiligt werden. Die neuen Aktien sollen von der Metallbank zu pari übernommen werden.

Die Stahl & Federer Akt.-Ges. in Stuttgart erzielte einen Jahresgewinn von 1 049 667 ℳ (i. V. 1 166 166 ℳ) wovon nach Abzug von 50 000 ℳ Rückstellung für Talonsteuer und 190 000 ℳ Abschreibung auf Gebäude 829 667 ℳ (1 166 166 ℳ) zur Verfügung der Generalversammlung bleiben. Davon werden 83 000 ℳ den beiden Reservefonds überwiesen und 6% Dividende (i. V. 7%) verteilt.

Ausländische Volkswirtschaft.

Die Sozialisierung der österreichischen Kriegsbetriebe. Der Vorstand der Sozialisierungskommission hat den Beschluss gefasst, unverzüglich mit den Vorarbeiten über eine Sozialisierung der bisherigen Kriegsbetriebe zu beginnen. Im wesentlichen handelt es sich bei der Umstellung dieser Betriebe auf verschiedene Industriezweige darum, ob der Aufbau auf staatssozialistischer Grundlage zu erfolgen hat, oder ob dem gemischtwirtschaftlichen Betriebe, der in gewissen Grenzen auch das Privathapital heranzieht, der Vorzug gegeben werden soll. Es liegen bereits Erklärungen einer ganzen Reihe grosser Industrieunternehmungen, insbesondere der Schwerindustrie vor, die bei Einführung des gemischtwirtschaftlichen Systems zu einer Beteiligung bereit wären. Geplant ist Gewinnbeteiligung der Arbeiter und ein System der Prämien für besondere Arbeitsleistungen. Die endgültige Entscheidung wird die Sozialisierungskommission treffen.

Amerikas Handel mit Japan. Der Handel der Vereinigten Staaten mit Japan lässt den „Weltwirtschaftlichen Nachrichten" zufolge für das zu Ende gehende Jahr einen gewaltigen Zuwachs, namentlich im Ausfuhrgeschäft, erkennen. Eine Aufstellung der National City Bank of New York zeigt, dass der Wert der nach Japan und den japanischen Pachtgebieten in China ausgeführten Ware für das Jahr 1918 ungefähr 250 000 000 Dollar erreicht hat gegen 134 000 000 Dollar im Finanzjahr 1917. Der neue Handelsverkehr mit japanischen Pachtgebieten in China ist besonders bemerkenswert, weil er eine sehr bedeutende Zunahme sowohl des Einfuhr- wie des Ausfuhrhandels bewirkt hat und Austausch von Nahrungsmittelerzeugnissen gegen amerikanische Fabrikate aufweist.

Bekanntmachungen des Polizei-Präsidiums.

Bekanntmachung.
Ungültiger Wandergewerbeschein.

Der dem Händler Hachmann Wilhelm, Grenadierstr. 3 hierselbst, unter dem 24. März 1919 für das laufende Kalenderjahr erteilte Wandergewerbeschein zum Handel mit Schreibfedern und Bleistiften ist angeblich verloren gegangen.

Dieser Schein wird zur Verhütung von Mißbrauch hierdurch für ungültig erklärt.

Beschreibung der Person:
Geschl.: männl. Alter: 35. April 1885. Haare: grauweliert. Augen: braun. Kennzeichen: der linke kleine Finger ist versümmelt.
(B. M. II. b. 6. 19.)

Berlin, den 28 März 1919.
Polizeidirektionsamt Mitte.
I. V.: Müller.

Die bei Kd. W. Müller, Büsserstr. 84, verfallenen Pfandscheinerhalt der Nummern bis 29 439, bestehend in Brillanten, Juwelen Gold, Silber Herren-Damen-Ketten usw. werde ich am 24 April d. J., vormittag 9 Uhr, Friedrichsgracht 52 versteigern. Der etwaige Nettoüberschuß des Erlöses wird, wenn Verbänder solchen nicht binnen 14 Tagen nach dem Verkaufe von Fd. W. Müller abgeholt haben, bei der hiesigen Armenkasse hinterlegt, ebenso etwa freigewordene Stundsätze.

Werner Haehnel,
Berlin C., Friedrichsgracht 52.
Zentrum 6446.

Theater für Dienstag, den 8. April 1919.

Opernhaus.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. 89. Abonnements-Vorstellung. **Lohengrin.** Romantische Oper in drei Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr. — Mittwoch, 90. Abonnements-Vorstellung. **Der Evangelimann.** Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Am Gendarmenmarkt. 98. Abonnements-Vorstellung. **Die Jungfrauen.** Lustspiel in vier Aufzügen von Gustav Kadelburg. Anfang 7 Uhr. — Mittwoch, 99. Abonnements-Vorstellung. **Die Räuber.** Anfang 7 Uhr.

Central-Theater. Kommandantenstr. 57.
7½ Uhr: **Die Schönste von Allen.**

Deutsches Opernhaus.
7 Uhr: **Zar u. Zimmermann.**

Friedrich-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: **Das Dorf ohne Glocke.**

Kleines Theater.
7½ Uhr: **Salto mortale.**

Komische Oper.
7½ Uhr: **Schwarzwaldmädel.**

Lustspielhaus.
7½ Uhr: **Die spanische Fliege.**

Metropol-Theater.
7½ Uhr: **Die Faschingsfee.**

Neues Operettenhaus.
Schiffbauerdamm 4a. Norden 281.
7½ Uhr: **Die keusche Susanne.**

Palast-Theater.
7 Uhr: **Christus.**

Schiller-Theater Charl.
7½ Uhr: **Wie es Euch gefällt.**

Tivoli-Theater.
7 Uhr: **Zur wilden Hummel.**

Theat. am Nollendorfplatz.
7 Uhr: **Wo die Lerche singt.**

Theat. a. Friedrichstadt
Norden 8650.
7½ Uhr: **Medizin.** Mit Maria Paudler.

Theater des Westens.
7½ Uhr: **Madame Sherry.**

Trianon-Theater.
Täglich 7½ Uhr: **Der gute Ruf.**
Von Hermann Sudermann.
Mittwoch 3½ Uhr: Rotkäppchen.

Residenz-Theater.
Täglich 7½ Uhr: **Das höhere Leben.**
Von Hermann Sudermann.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
Direktion: Fritz Kampers.
7½ Uhr: **Die Heirat.**
Mittwoch 7½ Uhr: **Luther.**

Wallner-Theater.
7½ Uhr: **Geisha.**

Urania-Theater. Taubenstraße 48/49.
8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge: **Die Gesellschaft der Urwelt.**

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan.
Hanneken gestattet!

E. E. Mezner
Berlin W. 8
Markgrafenstr. 33

Wäsche Ausstattungen
für Damen, Herren und Kinder
Blusen – Unterröcke – Kinderkleider
Tisch- und Bettwäsche

APOLLO-THEATER
Friedrich-Str. 218
Direktor: James Klein
Allabendlich 7½ Uhr, Sonntags 3½ u. 7½
12 Sensationen Varieté-Programm
Sonntags 3½ Uhr jeder Erwachsene 1 Kind frei!

MARMOR-HAUS
Die Siegbert Goldschmidt
Halbblut
Die Geschichte zweier Männer und einer Frau
mit
Ressel Orla
Carl de Vogt.

HARRY HIGGS
(Hans Marendorf)
18. Abenteuer
Hallo! Hier Harry Higgs! Wer dort?
Regie: Rudolf Meinert.
500, 645, 830

Annahme für Vorwetten
Rennen zu
Berlin-Marendorf: 9., 13. April.
Annahme von Vorwetten für Berlin und auswärtige Plätze bei persönlich erteilten Aufträgen bis 24 Stunden vor dem ersten programmäßig angesetzten Rennen:
Schadowstrasse 8, parterre.
Kurfürstendamm 234,
Bayerischer Platz 9, Eing. Innsbruckerstrasse 50,
Oranienburgerstrasse 48/49,
(an der Friedrichstrasse),
an den Theaterkassen der Firma **A. Wertheim**
Leipzigerstr. 132 (nur wochentags)
Nollendorfplatz 7
Planufer 24
Tauentzienstr. 12a
Rathenowerstr. 3
Königstr. 31/32
Für briefliche und telegraphische Aufträge Annahme bis **3 Stunden** vor Beginn des ersten programmäßig angesetzten Rennens
nur Schadowstr. 8.
Am Wochentage vor den Rennen werden Wetten bis 7 Uhr abends angenommen.

Ferro-Lupin
(Name gesetzl. geschützt)
Die
eiweißreichste Kraftnahrung
für Erwachsene und Kinder. 1718
Gen.-Vertr.: Hohenzollern-Apotheke
Berlin W. 10, Königin-Augusta-Straße 50. Telephon 188.
Zu beziehen durch jede Apotheke.

Freiwillige Jäger
für das Hann. Jäger-Bataillon Nr. 10 in Goslar.
Alte Jäger, Maschinengewehrschützen und Radfahrer, aber auch Kameraden, die bei der Infanterie in Ehren gedient und gefochten haben jeden Dienstgrad, melden Euch zum freiwilligen Eintritt für die neumobilisierende Reichswehr!
Sicherung der Grenzen, Einsatz für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern, Stützung der Regierung, deren Anordnungen sie Geltung verschaffen soll, das sind die Aufgaben der Reichswehr, zu der die bisherigen Sicherheitstruppen umgeformt werden.
Feste Mannszucht und innere Geschlossenheit der Truppe sind Vorbedingung für Lösung dieser Aufgaben.
Gewählte Vertrauensleute arbeiten mit bei Urlaub, Fürsorge für die Truppe, Beschwerdeangelegenheiten.
Einstellung zunächst noch zu den Bedingungen für Sicherheitstruppen:
Verpflichtung auf 1 Monat, 14tägige Kündigungsfrist am 1. und 15. i. Mts., 20.— ℳ Grundbesoldung ohne Rücksicht auf Dienstgrad, dazu tägliche Zulage von 5.— ℳ, jahlbar auch Sonntags und bei Urlaub bis zu 14 Tagen.
Freie Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft.
Versorgung nach den Mil.-Pensions-Gesetzen.
Meldung jederzeit in Goslar, Domäneneren. Militär-Papiere und polizeiliches Führungszeugnis für die Zeit seit der Entlassung mitbringen, möglichst auch Entlassungsbescheinigung, der beim Tragen im Dienst vergütet wird.
Hannoversches Jäger-Bataillon Nr. 10.
Für den Sch.-Wat
gez. Gerhardt, Hauptmann.
Feldwebel. Bataillonsadj. Major und Bataillons-Führer.

Freiwillige!
Eilet herbei zum Neubau des Füsilier-Bataillons Garde-Gren.-Regt Nr. 5
(F. F.-B. G.-G.-R. 5).
Es gilt in gemeinsamer, treuer Arbeit unserer deutschen Heimat in tiefster Not zu helfen.
Gültig sind die bekannten Bedingungen für alle Freikorps.
Ferner freie Verpflegung, Unterbringung, Bekleidung.
Reise vergütet.
Meldung: Füsilier-Bataillon Spandau, Neue Kaserne, Eingang Schmidt-Knobelsdorffstr.
Abzeichen: Goldener Eichenkranz, mit silbernem Garderen.
Ausweise und Militärpapiere mitbringen, Militärbekleidung erwünscht. 2137
gez. von Regelein,
Major und Bataillons-Kommandeur.

Schützen-Bataillon Bucholtz für Grenzschutz „Ost".
Regierungstreue, disziplinierte
Jägertruppe.
Freiwillige vor!
(auch ungedienter Jahrgang 01).
Zu den grauen Jägern mit dem Hubertuswappen,
Zu den grauen Jägern mit grünen Schulterklappen,
Zu den grauen Jägern mit grünem Spiegelkragen
Mit dem Eichenlaub, das wir in Ehren tragen!
Bedingungen, wie diese für den Grenzschutz „Ost" üblich.
Meldung: Breslau i. Mark. Kaserne, Kernsprecher: Breslau 58.

Aufruf!
Fernsprecher! Funker!
ist Euer Kameraden von der Infanterie nicht im Stich! Seite an Seite habt Ihr mit ihnen im Kriege Euer Leben vergeben. Jetzt auch jetzt! — Wir brauchen unerschrocken gesinnte Leute, die Sinn für Ordnung und anständiges Benehmen haben.
Bedarf ist an: Ausgebildeten Fernsprechern, Blinkern, Funkern, Kraftmannschaften, Erdtelegraphisten, Meldehundführern, Fahrern. Ausweis zur Lösung von Militärfahrkarten erhalten Ihr beim nächsten Begleitkommando, evtl. auch von ihnen. Fahrkarten an der Bahnpforte nicht abgeben! Kosten werden über umgehend zurückerstattet.
Bedingungen: Minderjährige 18 Jahre, Höchstalter 45 Jahre! Gesund! Mobile Löhnung, 6 ℳ tägliche Zulage, Unterkunft, Verpflegung, Ausbeziehungen, Aussicht auf Beförderung, Familienunterstützung, Versorgungsansprüche. 2150
Divisions-Nachr.-Kommandeur 10. Inf.-D.
Glogau a. O., Domäneneren.

Leutnants, Unteroffiziere und Mannschaften
der Feld- und Fußartillerie sowie Kavalleristen, Telephonisten, MG.-Mannschaften und Handwerker stellt ein:
1. Garde-Res.-Feldart.-Regt. (Nordwischin) Potsdam.
Kaserne 3. Gardeulanen.
Bedingungen wie üblich; nach Ueberschreiten der Landesgrenze außerdem 6 ℳ Tageszulage. Auch g. d. Offiziere und Unteroffiziere der Feldartillerie werden als Ausbildungspersonal gesucht für das Ersatz-Depot, mit mobiler Löhnung, Verpflegung und 6 ℳ Tagszulage. Gegen Einsendung der Militärpapiere wird Fahrtauswels übersandt. Bei Einstellung Fahrtvergütung. 2112
von Schmoller,
Major und Regimentskommandeur.

Brillanten Perlen Juwelen kauft zu hohen Preisen
Balischansky, gegenüber d. Viktoria-Café. Zentrum 1080.
Friedrichstraße 155, Ecke Unter d. Linden.

Brillanten
Juwelen, Perlen, Smaragde und Perlschnüre
kauft zu hohen Preisen
M. Spitz, BERLIN
Friedrichstrasse 91/92
zwischen Mittel- und Unterdrehenstrasse.

Apotheker-Akademie Gießen (Oberhessen)
Wilhelmstraße 16.
Nichtversetzte
Schüler können Versäumtes einholen im Pädagogium Gießen (Oberhessen)

Handelsrealschule
Kaufm. Unterricht und Vorbild. a. Einjähr.-Dreiklassen frei. Gießen (Oberhessen).

Institut Boltz Einjähr., Prim., Abitur. Ilmenau i. Thür. Prosp. frei.

Dir. Eckes Vorbereitungsanstalt
Berlin-Steglitz, Fichtestr. 24 (Feldberg)
Alle Klassen ◆ Einjährige ◆ Abiturienten
Gegr. 1888. Unübertroffen. Erfolge. Erstkl. Gymnasial- u. Bilanz inmitt. groß. Gärt. Herrl. gesund. Aufenth. Sprechst. 5-7. Fernr. Steglitz 1862.

DAS LEBEN NACH DEM TODE
Neue wissenschaftliche Entdeckungen der geistigen Forschung
Von Hermann Rudolph
Preis 1,20 Mark, Nachnahme 25 Pfennig mehr • Zu beziehen durch Theosophisches Kultur-Verlag, Leipzig 2, Königstr. 12

Margraf & Co
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstraße 10a
Juwelen
Spez. Perlenketten
Auch Ankauf

CELLO
Älteres, sehr gut erhaltenes echt **italienisches** Instrument, vorzüglicher Ton, Bauart und Lack zu verkaufen.
Preis 4000 Mark.
Näheres unter V. G. 25 b. Blitz erbeten.

Silber
in jeder Form, auch Münzensammlungen kauft gegen bar
Silberwarenfabrik Kunder,
Berlin S.O. 26.

Wer würde sich
meines Freundes erbarmen und ihm helfend beistehen, der durch den Tod eines Vaters aus eigenen Mitteln allein sein Studium nicht fortsetzen kann? Angebote unter **Nr. 23** an die Geschäftsstelle erbeten. 2154

Werner & Pfleiderer
Cannstatt
Maschinen-Maschinen
Dampf-Backofenfabrik
Cannstatt-Stuttgart
Komplette Einrichtungen für Lebensmittel und Chemie
Eigenes Laboratorium
Höchste Auszeichnungen

Laxogran
(Name gesetzl. geschützt)
Laxogran hat gegenüber anderen Abführmitteln den großen Vorzug der Dauerwirkung.
General-Depot und Versand
Hohenzollern-Apotheke, Berlin W. 10,
Königin-Augustastraße 50. Telephon 183.
Zu beziehen durch jede Apotheke. 11 a

Detektiv Hauschild
Polizeiobermachtmeister a. D.
Hochschutz, Ermittlungen, Berlin, Friedrichstraße 185, Zir. 9811.

Vereidigt. Bücherrevis. Gg. Friedmann,
Berlin, Potsdamerstr. 27b. Fernspr. Nlld. 9789.
Revisions- und Bilanzarbeiten, Organisation, Neueinrichtung, Begutachtungen, Gutachten, eidesst. Buchführungsarbeiten, Steuerberatung, Treuerverwaltung. 1844

Aktiengesellschaft Johannes Jeserich.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am **Dienstag, den 6. Mai 1919, vormittags 10 Uhr,** in unseren Verwaltungsgebäuden zu Charlottenburg, Salzufer 17/19 stattfindenden **31. ordentlichen Generalversammlung** eingeladen.

Tagesordnung:

1) Bericht des Vorstandes über die Lage der Gesellschaft unter Vorlegung der Bilanz, des Gewinn- und Verlust-Kontos und des Geschäftsberichts für das Jahr 1918.
2) Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Jahresrechnung der Bilanz und des Gewinn- und Verlust-Kontos und Beschlußfassung darüber sowie über die Gewinnverteilung.
3) Beschlußfassung über die Erteilung der Entlastung.
4) Wahl zum Aufsichtsrat.
5) Statutenänderung zu § 19 Absatz 1 (Gültigkeit der Abstimmungen von Generalversammlungen auch außerhalb Charlottenburg.)

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens **am dritten Tage vor der Versammlung** bei dem Vorstande eingereicht haben. Am Beginn der Generalversammlung sind die angemeldeten Aktien rechtzeitig zur Teilnahme vorzulegen. Zur Entgegennahme der Vorlegungen und Ausstellung von Bescheinigungen darüber sind der Vorstand, Notare, die Nationalbank für Deutschland in Berlin, die Bank für Thüringen vormals B. M. Strupp Aktiengesellschaft in Weimingen, deren Filialen und diejenigen ständig.

Charlottenburg-Berlin, den 8. April 1919.
Der stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats:
Ludwig Fuld.

In den ersten Tagen des Monates Juni feiert

das Gymnasium in Ratibor

das Fest seines

100jährigen Bestehens.

Alle ehemaligen Schüler der Anstalt, die aus diesem Anlaß ihrer Anhänglichkeit und Dankbarkeit Ausdruck geben wollen, werden gebeten, ihre eigene Adresse sowie diejenige von ihnen bekannten Mitschülern freundlichst recht bald dem Unterzeichneten mitzuteilen und hierbei anzugeben, ob sie damit einverstanden sind, daß ihr Name unter einem Aufruf zur Beteiligung der alten Schüler an den in Aussicht genommenen Veranstaltungen gesetzt wird.

Ratibor, den 4. April 1919.

Lüdke,
Geheimer Regierungsrat.

Familiennachrichten
(auch anderen Blättern).

Vermählt: Dr. Siegfried Dortschin mit Fr. Hilda, geb. Wallfried (Weißer Hirsch bei Dresden). — Dr. Staatsanwalt Dr. Adolf Schäfer mit Fr. Elisabeth, geb. Brunner (Köln).

Geboren: Ein Sohn: Hrn. Pastor Ernst Günther (Soest). — Eine Tochter: Hrn. Hauptmann Alfred Kentrich (Düsseldorf).

Gestorben: Dr. Rechtsanwalt Robert Meißner (Breslau). — Dr. Stadtältester Gottlieb Kruber (Glatzkau). — Dr. Oberingenieur Robert Schneider (Mannheim). — Dr. Fr. phil. Paul Schreckenberger (Köln). — Hr. Geheimer Sanitätsrat Dr. Albert Muhsehold (Berlin). — Fr. Gräfin Ina Bissel von Gymnich, geb. von Puttlamer (Schloß-Steinel). — Hr. Kommerzienrat Theodor Köhner (Mülheim).

Statt besonderer Anzeige.

Am 5. April d. J., nachm. 1½ Uhr, verschied hier nach längerem Leiden im 69. Lebensjahre der

Zollrat Friedrich Reppin,
bisher übrigens des Hauptzollamts Berlin-Mitte, Elsaßer Bahnhof Ordens.

Im Namen der Hinterbliebenen.
Wilhelm Reppin sen., Hohenseeden, als Bruder.

Die Leichenfeier findet Dienstag, den 8. d. M., nachm. 3 Uhr, im Hauptzollamtsgebäude Berlin-Mitte, K. Präsidentenstr. 7 II, statt, woran sich die Ueberführung nach seinem Heimatsort Hohenseeden anschließt. 2158

Infanterie-Regiment 26
stellt auch **unausgebildete Freiwillige** in seine Freiwilligen-Kompagnien zu den bekannten Bedingungen ein.
Werbestelle Magdeburg Neue Kaserne des Inf.-Regts. 26,
Zimmer 114. 2146